

# Stenographisches Protokoll

über die

## 14. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 15. Oktober 1909.

### Inhalt.

Abwesenheitsanzeige.

Petitionen.

Auflage.

Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. Benkovič, Terglav, Pišek und Genossen wegen der Eisenbahn Riehdorf an der Pöchl-Überburg. (Beilage Nr. 102. — Zuweisung an den Eisenbahn-Ausschuß.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. Puchas und Genossen bezüglich des Neubaus des Allgemeinen landschaftlichen Krankenhauses im Stiftingtal bei Graz. (Beilage Nr. 74. — Zuweisung an den zu wählenden Sonder-Ausschuß für den Krankenhausneubau.)

Begründung des Antrages des Abgeordneten Dr. B. Rukovec, betreffend den Bau der Bahn von Riez an der Pöchl nach Überburg. (Beilage Nr. 103. — Zuweisung an den Eisenbahn-Ausschuß.)

Begründung des Antrages des Abgeordneten Dr. B. Rukovec, betreffend den ehesten Ausbau der Strecke Heiligenstein—Wöttinig. (Beilage Nr. 109. — Zuweisung an den Eisenbahn-Ausschuß.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Brandl und Genossen in Eisenbahn-Angelegenheiten. (Beilage Nr. 108. — Zuweisung an den Landes-Ausschuß.)

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Alt-Neudorf im Gerichtsbezirk Radkersburg um die Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Musiklizenz- und Offenhaltungsgeld im erhöhten Betrage von je zwei Kronen (Beilage Nr. 156)

an den Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten;

2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Anträge, Landtagsbeilagen Nr. 274, 392, 397, 434, 444, 455, 499, 507, 534 und die Petitionen Nr. 371, 372, 541, 636, 709, 733, 746 und 740, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen in Eggenberg, Leoben, Rottenmann, Graz rechtes Murufer, Graz für den Umgebungsbezirk, Marburg, Mürzzuschlag, Trifail, St. Georgen an der Südbahn, Sachsenfeld und Donawitz (Beilage Nr. 172);

3. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Umwandlung der Landes-Bürgerschule in Cilli in eine öffentliche Knabenbürgerschule (Beilage Nr. 173);

4. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Fortbestand des besondern IV. Lehrkurses an der Landes-Bürgerschule in Hartberg (Beilage Nr. 174),  
an den kombinierten Finanz- und Unterrichts-Ausschuß.

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 29, über die Petition Nr. 810 des Verbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Steiermark um einen Beitrag zum Baue eines Genesungsheimes für erkrankte Lehrer und Lehrerinnen. (Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses.)

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 71, betreffend die Zuerkennung einer Gnadenpension an Karoline Ertl, Witwe des ehemaligen ordnierenden Arztes Dr. Hans Ertl im allgemeinen öffentlichen Krankenhause in Mürzzuschlag. (Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses.)

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 31, über denselben in der IV. Session der IX. Landtags-Periode zugewiesenen Petitionen Nr. 577, 621, 631, 315, 737, 551, 560 und 829. (Annahme der Anträge des Finanz-Ausschusses.)



- Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 68, betreffend die Systemisierung einer Konzipistenstelle in der IX. Rangsklasse im statistischen Landesamte unter Auffassung einer Konzipistenstelle der X. Rangsklasse. (Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 8, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Sopote im Gerichtsbezirke Drazenburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 165 Prozent im Jahre 1909. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 10, über das Ansuchen der Marktgemeinde Obdach im gleichnamigen Gerichtsbezirke um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 180 Prozent im Jahre 1909. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 11, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Wierstein im Gerichtsbezirke Drazenburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 154 Prozent im Jahre 1909. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 18, über das Ansuchen der Gemeinde Rothleiten im Gerichtsbezirke Frohnleiten um Bewilligung zur Einhebung der Musiklizenzgebühren im erhöhten Ausmaße. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 22, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Sloboko im Gerichtsbezirke Rann um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 158 Prozent im Jahre 1909. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 24, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Hochregist im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 190 Prozent im Jahre 1909. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 30, über das Ansuchen des Bezirkes Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 75 Prozent für das Jahr 1909. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 51, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Predlich im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1909. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 111, über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um die Bewilligung zur Forteinhebung der zweiprozentigen Gemeindeumlage auf die in der Stadt Graz zur Einhebung gelangenden Mietzinse. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 115, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Niklasdorf im Gerichtsbezirke Leoben um Bewilligung zur Einhebung einer Musiklizenzgebühr im erhöhten Betrage von vier Kronen. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 116, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Befreiung der in der Gemeinde Spital am Semmering ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Gemeindeumlage auf die Hauszinssteuer. (Annahme des vom Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten beantragten Gesetzentwurfes.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über das Ansuchen des k. k. Bezirksgerichtes  
 Cilli, Abteilung VI,  $\frac{U VI 446/9}{7}$ , vom 25. September 1909  
 um die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtags-Abgeordneten Dr. Johann (Jvan) Benkovič ob Übertretung der §§ 4 und 19 des Gesetzes vom 15. November 1867, N.-G.-Bl. Nr. 135, über das Versammlungsrecht. (Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten.)
- Bericht und Anträge des Finanz-Ausschusses und Petitions-Ausschusses über Petitionen.
- Antrag der Abgeordneten Wastian, Dr. v. Hofmann und Genossen, betreffend die Ausgestaltung der k. k. Prüfungskommission für allgemeine Volksschulen und für Bürgerschulen in Marburg a. d. Drau.
- Antrag der Abgeordneten Krebs, Einspinner und Genossen, betreffend die Errichtung einer Zentralgenossenschaftskasse und ein Darlehen, respektive die Übernahme der Garantie zur Erreichung eines solchen Darlehens für den Zentralverband handwerksmäßiger Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für Steiermark in Graz, r. G. m. b. H.



- Antrag der Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen, betreffend die Errichtung einer k. k. Fachschule für Holzbearbeitung und Baugewerbe mit slowenischer Unterrichtssprache in Wöllan.
- Antrag der Abgeordneten Riegler und Genossen auf Gewährung eines Beitrages zur Wegverbesserung an die Gemeinden Krafendorf, Krafenschatten und Krafathintermühlen im Gerichtsbezirke Murau.
- Anfrage der Abgeordneten Wastian, Stallner, Dr. v. Hofmann und Genossen an den Statthalter wegen des Überfalles auf die deutsche Schule in Grafnigg durch slowenische Fanatiker.
- Anfrage der Abgeordneten Wastian, Reitter, Stallner, Erber, Ornig, Meger, Langer und Genossen an den Statthalter in Betreff der Vorbereitungsklasse an der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Marburg a. d. Drau.
- Anfrage der Abgeordneten Resel, Horvatek und Genossen an den Statthalter, betreffend die Wählerlisten für die Gemeinderatswahl in Marburg.
- Anfrage der Abgeordneten Brandl und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Saggau- und Sulmregulierung.
- Interpellation der Abgeordneten Brandl und Genossen an den Statthalter, betreffend die Bedrohung der Bevölkerung von Johnsdorf durch Bahnarbeiter.
- Anfrage der Abgeordneten Sedlaczek und Genossen an den Statthalter betreffs der Gefäßestraße Hieslau-Admont.
- Anfrage der Abgeordneten Pferschy, Einspinner und Genossen an den Statthalter, betreffend die Schaffung einer Kurordnung für den Kurort Gleichenberg.
- Interpellation der Abgeordneten Einspinner, Rathausky, Franz und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Personenbeförderung auf der Graz-Köflacher Bahn.
- Interpellation des Abgeordneten Dr. Lukovec an den Landes-Ausschuß in Angelegenheit des Vorgehens des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark mit dem Sitze in Graz.
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 186, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die zeitliche Befreiung der in der Stadtgemeinde Murau ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Umlagen des Bezirkes Murau auf die Hauszinssteuer. (Annahme des vom Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten beantragten Gesetzentwurfes.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 187, mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde Laufen erlassen werden. (Annahme des vom Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten beantragten Gesetzentwurfes.)
- Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 171, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 13 in der Burggasse zu Graz zwecks Unterbringung des steiermärkischen Gewerbeförderungs-Institutes in demselben. (Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Hagenhofer, Berger und Genossen, Beilage Nr. 63, betreffend den ehesten Ausbau der Bahnstrecke Hartberg-Gleisdorf. (Annahme des Antrages des Eisenbahn-Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Dr. v. Hofmann, Wastian und Genossen, Beilage Nr. 80, betreffend die geplante Erhöhung der Frachttarife auf den Linien der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft. (Annahme des Antrages des Eisenbahn-Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl, Resel und Genossen, Beilage Nr. 49, auf Änderung der steiermärkischen Landesordnung. (Annahme des Antrages des politischen Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des politischen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 52, über die Prüfung der allgemeinen Neuwahlen für die X. Periode des steiermärkischen Landtages. (Annahme des Antrages des politischen Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hilari, Jodlbauer und Genossen, Beilage Nr. 73, betreffend die Beschleunigung der Erledigung des Gesetzentwurfes vom 3. November 1908, betreffend die Sozialversicherung. (Annahme des Antrages des politischen Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Jodlbauer, Hilari und Genossen, Beilage Nr. 53, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle und den Abschluß der fälligen Handelsverträge. (Annahme des Antrages des politischen Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Einspinner, v. Rodolitsch, Reitter und Genossen, Beilage Nr. 120, betreffend die Errichtung einer k. k. baukeramischen Fachschule in Radkersburg. (Annahme des Antrages des Unterrichts-Ausschusses.)
- Mündlicher Bericht des kombinierten Finanz- und Sonder-Ausschusses für Landeskultur-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 158, über die Durchführung der Landesgesetze, betreffend die agrarischen Operationen. (Annahme des Antrages des kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschusses.)
- Anfrage der Abgeordneten Riegler und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Namensänderung der Eisenbahnstation St. Lambrecht.
- Anfrage der Abgeordneten Riegler und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Errichtung eines Zuchtviehmarktes in Mariahof.
- Antrag der Abgeordneten Gerlich und Genossen auf Errichtung einer Mädchenbürgerschule in Hartberg.



Beantwortung von Interpellationen, und zwar:

1. der Interpellation der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Unterstützung der durch den großen Schneefall im heurigen Frühjahr und die darauf folgende starke Schneeschmelze an ihrem Grundeigentum geschädigten Besitzer der Gemeinde Kleinlobming;
2. der Interpellation der Abgeordneten Dr. Kuzobec und Genossen wegen Nichterledigung einer an den Stadtrat in Marburg gerichteten Beschwerde;
3. der Interpellation der Abgeordneten Fessler und Genossen, betreffend den Neubau des Amtshauses in Leibnitz;
4. der Interpellation der Abgeordneten Tomasič und Genossen, betreffend die Verpachtung der Gemeindefagd in Neudorf bei Mooskirchen;
5. der Interpellation der Abgeordneten Wastian, Dr. v. Hofmann, Brandl und Genossen, betreffend die Verlegung der Pulver- und Munitionsdepots auf dem äußeren Lazarettfelde bei Graz;
6. der Interpellation der Abgeordneten Drnig, Wastian und Genossen wegen Unterbringung des k. k. Bezirksgerichtes in Pettau  
durch den Statthalter.

Vertagung des Landtages.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Exzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Alois Kiegler und Josef Wolfbauer.

Von Seite der Regierung anwesend: Seine Exzellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

**Landeshauptmann:** Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die 13. Sitzung in dieser Session, abgehalten am 12. Oktober, ist aufgelegt, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Der Herr Abgeordnete Reitter hat sein Nichterscheinen bei der heutigen Sitzung entschuldigt.

Von den eingelangten Petitionen beantrage ich zuzuweisen dem Finanz-Ausschusse (liest):

„Petition Nr. 302, der Ortsgruppe Marburg des Vereines Südmärk, um Wiederbewilligung der für die deutsche Studentenküche in Marburg bisher gewährten Unterstützung von 800 K für das Schuljahr 1909/10. (Überreicht durch Abgeordneten Wastian.)“

„Petition Nr. 303, des Ortschaftsrates Gams bei Marburg, um Veretzung der Schule in Gams aus der II. in die I. Ortsklasse. (Überreicht durch Abgeordneten Wastian.)“

„Petition Nr. 304, des Schüler-Unterstützungsvereines an der k. k. Staats-Gewerbeschule in Graz, um Wiederbewilligung der bisher gewährten jährlichen Spende von 200 K. (Überreicht durch Abgeordneten Einspinner.)“

„Petition Nr. 305, des philharmonischen Vereines in Marburg, um einen erhöhten Jahresbeitrag von 800 K. (Überreicht durch Abgeordneten Wastian.)“

„Petition Nr. 306, des Oberlehrers i. R. Karl Paierl in Graz, um eine einmalige Geldaushilfe. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 307, des Ortschaftsrates Trautmannsdorf, Bezirk Feldbach, und der zur Schule Trautmannsdorf gehörigen Gemeinden, um Einreihung der Volksschule Trautmannsdorf in die I. Gehaltsklasse. (Überreicht durch Abgeordneten Wagner.)“

„Petition Nr. 308, des Ortschaftsrates Wolfsberg im Schwarzautale, um Einreihung der dortigen Volksschule in die II. Gehaltsklasse. (Überreicht durch Abgeordneten Dr. Buchas.)“

„Petition Nr. 309, des Ortschaftsrates Stallhofen, um Subventionierung der von ihm erbauten Wasserleitung. (Überreicht durch Abgeordneten Huber.)“

„Petition Nr. 310, des deutschen Journalistenvereines für die österreichischen Alpenländer in Graz, um einen Unterstützungsbeitrag für 1910. (Überreicht durch Abgeordneten Pichler.)“

„Petition Nr. 311, der Krankenkasse für die im Herzogtum Steiermark ansässigen selbstständigen Gewerbetreibenden, um eine fortlaufende jährliche Subvention von 1000 K. (Überreicht durch Abgeordneten Welisch.)“

„Petition Nr. 312, des Lehrkörpers der Privat-Mädchen-Bürgerschule in Radkersburg, um eine Subvention. (Überreicht durch Abgeordneten Reitter.)“

„Petition Nr. 313, des pensionierten Lehrers Anton Tschek in Radkersburg, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abgeordneten Reitter.)“

„Petition Nr. 314, der Landeshilfsbeamtenwitwe Mathilde Soroko in Graz, um eine monatliche Unterstützung. (Überreicht durch Abgeordneten Reitter.)“

„Petition Nr. 315, der Volksschuldirektorswitwe Katharina Pichlhöfer, um Pensionserhöhung. (Überreicht durch Abgeordneten Pferschy.)“

„Petition Nr. 316, der Anna Lösch, derzeit Lehrerin außer Dienst in Graz, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abgeordneten Wastian.)“



„Petition Nr. 318, des definitiven Lehrers Gustav Mayer in Andritz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 319, der definitiven Lehrerin Auguste Raiz in Waltendorf, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 320, der Lehrerin Josefine Mock in Zeltweg, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 321, der Lehrerin Ferdinanda Hammer in Knittelfeld, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 322, des Alois Hammer, Lehrers in Knittelfeld, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 323, der Maria Reinhard, definitiven Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 324, der Martha Walzl, Lehrerin in Zeltweg, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 325, des Adolf v. Galisto, Bürgerschullehrers in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 326, des Alois Kortschak, Oberlehrers in Zeltweg, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 327, des Ludwig Klotzinger, Lehrers in Zeltweg, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 328, des Alois Schiller, Fachlehrers in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 329, der Henriette Wimberky, Fachlehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 330, der Maria Volkart, Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 331, der Luise v. Webern, Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 332, des Alexander Prinzing, Lehrers in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 333, der Elise Fünck, Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 334, des Josef Harb, Oberlehrers in Stainz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 335, der Emma Rößl, Lehrerin in Stainz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 336, der Amalia Maier, Lehrerin in St. Michael, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 337, des Rudolf Maier, Oberlehrers in St. Michael, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 338, des Karl Trautl, Fachlehrers in Graz, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 339, der Luise Sackl geb. Drescher, definitiven Lehrerin in Graz, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abgeordneten Otter.)“

„Petition Nr. 340, der Genossenschaft der Gastwirte, Fleischer, Bäcker u. des Gerichtsbezirkes Drachenburg, um Ablehnung jedes Antrages auf Erhöhung der Landes-Bieraufgabe. (Überreicht durch Abgeordneten Dr. Fankovič.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Berlesung gelangende Petition beantrage ich, dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 317, der Lehrerswaise Anna Schantl in Graz, um eine Anshilfe. (Überreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Kellersperg.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Aufgelegt wurde heute:

Das Protokoll über die 6. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 24. September 1909.

Das Protokoll über die 7. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 28. September 1909.

Das Protokoll über die 8. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 29. September 1909.

Das Protokoll über die 9. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 30. September 1909.

Das stenographische Protokoll über die 10. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 1. Oktober 1909.

Antrag der Abgeordneten Pferschy und Genossen in Angelegenheit einer Bahnverbindung von Gleisdorf über Mz nach Fürstenfeld zum Anschlusse an die be-



reits bestehende Bahn Fürstenfeld—Hartberg. (Beilage Nr. 188.)

Antrag der Abgeordneten Dr. v. Raan, v. Feyrer und Genossen auf Gewährung eines Stammaktienbeitrages von 200.000 K seitens des Landes Steiermark zum Baue der Lokalbahn Peggau—Übelbach. (Beilage Nr. 189.)

Bericht des Sonder-Ausschusses für Landeskultur-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 19, mit Vorlage des Gesetzentwurfes, betreffend die Verbauung des Raarlaches bei Ramsau. (Beilage Nr. 190.)

Antrag der Abgeordneten Einspinner und Genossen, betreffend die Rüstung Erzherzog Karls II. von Steiermark. (Beilage Nr. 191.)

Antrag der Abgeordneten Roškar, Dr. Benkovič und Genossen, betreffend die Abänderung des Jagdgesetzes. (Beilage Nr. 192.)

Antrag der Abgeordneten Schweiger, Dr. Buchas, Göllers und Genossen, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an die durch Hagelschlag in Notlage geratenen Grundbesitzer des Bezirkes Eibiswald. (Beilage Nr. 193.)

Antrag des Abgeordneten Dr. Rukovec, betreffend die Schaffung eines Landeskulturrates für Steiermark. (Beilage Nr. 194.)

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Jankovič, Franz Pišek und Genossen, betreffend die Errichtung einer obligatorischen Landes-Elementarschaden-Versicherungsanstalt. (Beilage Nr. 195.)

Regierungsvorlage. Gesetz vom . . . . . wirksam für das Herzogtum Steiermark, betreffend die Freilassung der Personaleinkommensteuer von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen. (Beilage Nr. 196.)

Bericht des kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Wagner, Huber und Genossen, Beilage Nr. 40, betreffend die Errichtung einer obligatorischen Elementarschaden-Versicherung. (Beilage Nr. 197.)

Bericht des kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschusses über den Antrag Roškar und Genossen, Beilage Nr. 47, betreffend die Abhilfe des durch die Dürre und Schädlinge entstandenen Futtermangels in Untersteier. (Beilage Nr. 198.)

Bericht des kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Schwab und Genossen, Beilage Nr. 84, betreffend die Gewährung einer Notstandsunterstützung anlässlich der Futternot im Bezirke Gröbming. (Beilage Nr. 199.)

Das Verzeichnis Nr. 15 mit Bericht und Antrag über die dem Finanz-Ausschusse zugewiesene Petition Nr. 92.

Das Verzeichnis Nr. 16 mit Bericht und Antrag über die dem Gemeinde-Ausschusse zugewiesenen Petitionen Nr. 93 und 166.

Das Verzeichnis Nr. 17 mit Bericht und Antrag über die dem Finanz-Ausschusse zugewiesenen Petitionen Nr. 78, 31, 23, 50 und 94.

Das Verzeichnis Nr. 18 mit Bericht und Antrag über die dem Finanz-Ausschusse zugewiesenen Petitionen Nr. 150 und 287.

Das Verzeichnis Nr. 19 mit Bericht und Antrag über die dem Finanz-Ausschusse zugewiesenen Petitionen Nr. 230 und 265.

Das Verzeichnis Nr. 20 mit Bericht und Antrag über die dem Finanz-Ausschusse zugewiesene Petition Nr. 215.

Das Verzeichnis Nr. 21 mit Bericht und Antrag über die dem Finanz-Ausschusse zugewiesenen Petitionen Nr. 80 und 91.

Das Verzeichnis Nr. 22 mit Bericht und Antrag über die dem Eisenbahn-Ausschusse zugewiesene Petition Nr. 159.

Das Verzeichnis Nr. 23 mit Bericht und Antrag über die dem Landeskultur-Ausschusse zugewiesene Petition Nr. 174.

Außer der von mir bekanntgegebenen Auflage, die die Herren auf ihren Tischen vorgefunden haben werden, sind mir seitens verschiedener Ausschüsse Berichterstattungen bekanntgegeben worden, die im mündlichen Wege vorzunehmen beabsichtigt wird, wozu ich die Genehmigung des hohen Hauses einzuholen habe.

Der Finanz-Ausschuß spricht an die Gestattung der mündlichen Berichterstattung über Beilage Nr. 15, das ist der Bericht des Landes-Ausschusses über die Petition des Tierarztes Alois Vizal an der Hufbeschlagslehr- und Tierheilanstalt um Beförderung in die X. Rangsklasse.

Der Antrag des Finanz-Ausschusses ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses und wird die mündliche Berichterstattung angesprochen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Berstovšek.

Weiters spricht der Finanz-Ausschuß die Gestattung der mündlichen Berichterstattung an über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 16, betreffs Beförderung des Martin Jelovšek, Landeswanderlehrers für Viehzucht und Molkereiwesen ad personam in die VIII. Rangsklasse.

Der Antrag lautet (liest):

„Der Landes-Ausschuß wird ermächtigt, den Martin Jelovšek, Landeswanderlehrer für Vieh-



zucht und Molkereiwesen, ad personam in die VIII. Rangsklasse zu befördern.“

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Graf Lamberg.

Weiters sucht der Finanz-Ausschuß an um die Gestattung der mündlichen Berichterstattung über Beilage Nr. 32, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Petition Nr. 833 des Josef Emmerling, Direktors der Landes-Berg- und Hütten-schule in Leoben, um Anrechnung von Dienstjahren.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Bührlen.

Weiters über die Beilage Nr. 69, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Petition Nr. 741 ex 1908 des Dr. Max Pachmayer, Sekundararztes des allgemeinen öffentlichen Krankenhauses und ordinierenden Arztes der Landes-Siechenanstalt in Knittelfeld, um Zusicherung eines Ruhe-genußes.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Pferschy.

Zu Beilage Nr. 70, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Verleihung des Titels und Charakters „Verwalter“ in der achten Rangsklasse ad personam an den Direktionsadjunkten Josef Baumbach an der Landes-Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt in Messendorf.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Korosec.

Zu Beilage 112, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Petition der Gemeinde Alt-Muffee um eine Landeshilfe aus Anlaß der Erbauung einer Wasserleitung.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Freiherr von Frajdenegg.

Zu Beilage Nr. 113, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Marktgemeinde Muffee und der Ortsgemeinde Reitern um Gewährung von Landesbeihilfen zur Erbauung einer Wasserleitung.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Freiherr von Frajdenegg.

Zu Beilage Nr. 114, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der

Ortsgemeinde Godomerzen um eine Subvention für die Erbauung eines Brunnens in der Ortschaft Wobislaszen.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Graf Lamberg.

Zu Beilage Nr. 117, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Petition der Marktgemeinde Lanfowitz um Erhöhung des ihr aus Anlaß der Errichtung einer Wasserleitung aus Landesmitteln gewährten unverzinslichen Darlehens und um Verlängerung der Rückzahlungsfrist.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Freiherr v. Frajdenegg.

Zu Beilage Nr. 155, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Petition Nr. 755 der Marktgemeinde Weiz um Gleichstellung der Rechte des märktischen Krankenhauses mit jenen der öffentlichen Krankenhäuser in Bezug auf Verpflegskosten nach Krankenkasse-Mitgliedern und Dienstboten.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Pferschy.

Endlich zu Beilage Nr. 171, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 13 in der Burggasse zu Graz zwecks Unterbringung des steiermärkischen Gewerbe-förderungs-Institutes in demselben.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Einspinner.

(Die mündliche Berichterstattung wird genehmigt).

Der Eisenbahn-Ausschuß strebt an die mündliche Berichterstattung zu Beilage Nr. 63, das ist der Antrag der Abgeordneten Hagenhofer, Berger und Genossen, betreffend den ehesten Ausbau der Bahnstrecke Hartberg—Gleisdorf.

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, unverzüglich bei Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten wie bei den hohen k. k. Ministerien der Eisenbahnen und Finanzen dringend vorstellig zu werden, dafür Sorge zu tragen, daß das Projekt für den Bau einer normalspurigen Hauptbahn zweiter Klasse von Hartberg über Fischelsdorf nach



Gleisdorf zuversichtlich in die nächste dem Reichsrate vorzulegende Eisenbahnvorlage aufgenommen werde, damit mit diesem Bahnbau längstens sofort nach Fertigstellung der Bahnstrecke Friedberg—Alpang begonnen werden kann.“

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Einspinner.

Weiters Beilage Nr. 80, das ist der Antrag der Abgeordneten Dr. Hofmann, Wastian und Genossen, betreffend die geplante Erhöhung der Frachttarife auf den Linien der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Der Antrag lautet (liest):

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, ungefähr eine neuerliche Vorstellung an die k. k. Regierung zu richten, in welcher namens der Landesvertretung von Steiermark gegen die angebliche mit Zustimmung der Regierung geplante einseitige Erhöhung der Südbahntarife über das künftige Ausmaß der Tarife der k. k. Staatsbahn hinaus entschieden Verwahrung eingelegt wird.“

Besonders dringend wird die k. k. Regierung gebeten, die Erhöhung der Lokalfachttarife in jenen Relationen zu verhindern, in welchen die Frachtinteressenten ausschließlich auf die Benützung der Südbahn angewiesen sind.“

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Franz.

(Die mündliche Berichterstattung wird beschlossen.)

Seitens des politischen Ausschusses wird die mündliche Berichterstattung angesprochen zu Beilage Nr. 49, das ist der Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl, Kessel und Genossen auf Änderung der steiermärkischen Landesordnung.

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, im nächsten Tagungsabschnitte Vorschläge einer Abänderung der steiermärkischen Landesordnung im Sinne des Antrages der Abgeordneten Dr. Schacherl, Kessel und Genossen vorzubereiten und dem Landtage zur Beschlußfassung zu unterbreiten.“

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Wastian.

Zu Beilage Nr. 52, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Prüfung der allgemeinen Neuwahlen für die X. Periode des steiermärkischen Landtages.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Klammer.

Zu Beilage Nr. 73, das ist der Antrag der Abgeordneten Hilari, Fodlbauer und Genossen, betreffend die Beschleunigung der Erledigung des Gesetzentwurfes vom 3. November 1908, betreffend die Sozialversicherung.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage der Antragsteller.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Schacherl.

Zu Beilage Nr. 53, das ist der Antrag der Abgeordneten Fodlbauer, Hilari und Genossen, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle und den Abschluß der fälligen Handelsverträge.

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Punkt 1. Dieser Antrag ist abzulehnen.

Punkt 2. Als dringendst notwendig verlangt der steierische Landtag vom Reichsrate die endliche Erledigung des Ermächtigungsgesetzes und von der Regierung, daß sie alle Vorseege treffe, damit es endlich zum Abschluß der längst fälligen Handelsverträge komme.“

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Bührten.

(Die mündliche Berichterstattung wird genehmigt.)

Der Unterrichts-Ausschuß strebt an die mündliche Berichterstattung über Beilage Nr. 120, das ist der Antrag der Abgeordneten Einspinner, von Rodolitsch, Keitter und Genossen, betreffend die Errichtung einer k. k. baukeramischen Fachschule in Radkersburg:

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, dem k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten entsprechend bekanntzugeben, daß der steiermärkische Landtag an dieses das Ersuchen stellt, in Radkersburg eine k. k. baukeramische Fachschule mit deutscher Unterrichtssprache zu errichten.“

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Wastian.

(Die mündliche Berichterstattung wird genehmigt.)

Der kombinierte Finanz- und Landes-kultur-Ausschuß wünscht die mündliche Berichterstattung gewährt über Beilage Nr. 34, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule in Sankt Georgen a. d. Südbahn.



Der Antrag ist gleichlautend dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. R o s e c.

Weiters über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 158, über die Durchführung der Landesgesetze, betreffend die agrarischen Operationen.

Der Antrag des Ausschusses geht dahin:

„Der hohe Landtag wolle dem von Seite des Landes-Ausschusses gestellten Antrage seine Zustimmung geben.“

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter G r ö ß w a n g.

(Die mündliche Berichterstattung wird bewilligt.)

Die mündliche Berichterstattung auch in diesen Gegenständen ist gestattet.

Endlich komme ich zu den gleichen Ansuchen des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten, welches über die Beilage Nr. 186: Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die zeitliche Befreiung der in der Stadtgemeinde Murau ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Umlagen des Bezirkes Murau auf die Hauszinssteuer, handelt.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter R i e g l e r.

Weiters über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 187, mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde Laufen erlassen werden.

Der Antrag ist gleichlautend mit dem des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter C a p r a.

(Die mündliche Berichterstattung wird bewilligt.)

Auch in diesen Gegenständen ist die mündliche Berichterstattung bewilligt.

Ich ersuche nunmehr, diese von mir bekanntgegebenen Geschäftsgegenstände und Anträge als aufgelegt zu betrachten.

Hinsichtlich der Geschäftsbehandlung hat sich Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer v. F e y r e r zum Worte gemeldet.

Ich erteile ihm dasselbe.

Landes-Ausschuß-Beisitzer v. F e y r e r: Ich habe mir erlaubt, schon in einer der letzten Sitzungen auf die besondere Dringlichkeit der Beilagen Nr. 186 und 187 zu verweisen.

Es ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die zeitliche Befreiung der in der Stadtgemeinde Murau ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Umlagen des Bezirkes Murau auf die Hauszinssteuer, und der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde Laufen erlassen werden.

Ich erlaube mir, die Konsequenz meines in der letzten Sitzung gestellten Antrages zu ziehen und den Antrag zu stellen, daß die mündlichen Berichte des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten zu diesen beiden Vorlagen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt werden.

Ebenso erlaube ich mir den Antrag zu stellen, daß die heute aufliegende Beilage Nr. 189, „Antrag der Abgeordneten Dr. v. Kaan, v. F e y r e r und Genossen auf Gewährung eines Stammaktienbeitrages von 200.000 K seitens des Landes Steiermark zum Bau der Lokalbahn Peggau—Ubelbach“, in der Weise dringlich behandelt werde, daß die Begründung dieses Antrages noch auf die heutige Tagesordnung gestellt werde.

Ich möchte die Dringlichkeit damit begründen, daß das Offert der Firma Buß & Cie. befristet ist und die Gefahr vorhanden ist, daß diese Frist ablaufen könnte, bevor noch der Landtag einen Beschluß in dieser Angelegenheit gefaßt hat.

Ich bitte sohin auch die Dringlichkeit dieses Gegenstandes zu bewilligen.

Landeshauptmann: Der Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer v. F e y r e r hat den Antrag gestellt, daß die mündlichen Berichte seitens des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten, von denen das Haus gestattet hat, dieselben heute als Einlauf zu betrachten, heute noch im Dringlichkeitswege auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ich werde jeden einzelnen dieser Anträge besonders zur Beratung stellen.

Es ist beantragt, daß der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 186, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die zeitliche Befreiung der in der Stadtgemeinde Murau ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Umlagen des Bezirkes Murau auf die Hauszinssteuer, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werde.



Ist dagegen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist das nicht der Fall. Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche diese Erweiterung der Tagesordnung genehmigen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

**Angenommen.**

Weiters ist beantragt, daß auch der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 187, mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde Laufen erlassen werden, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt werde.

Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist das nicht der Fall. Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche auch der Erweiterung der Tagesordnung in dieser Angelegenheit zustimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

**Genehmigt.**

Weiters hat der Herr Landes-Ausschuß-Mitglied v. Fehrer das Ersuchen gestellt, es möge die Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. v. Raan, v. Fehrer und Genossen auf Gewährung eines Stammaktienbeitrages von 200.000 K seitens des Landes Steiermark zum Bau der Lokalbahn Peggau—Übelbach (Beilage Nr. 189), welcher Antrag heute sich unter der Auflage befindet, gleichfalls auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt werden. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn das nicht der Fall ist, so ersuche ich die Herren, welche die Erweiterung der Tagesordnung auch in diesem Gegenstande genehmigen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

**Angenommen.**

Ich bemerke nur dazu, daß bereits mehrere Begründungen auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen und ich daher diesen Antrag hinter diese bereits aufgenommenen Begründungen stellen muß und daß ich die Zeit von einer Stunde, welche zur Begründung sämtlicher Anträge von der Geschäftsordnung genehmigt ist, nicht erweitern kann.

Es hat sich weiters zur Geschäftsbehandlung zum Worte gemeldet Herr Abgeordneter Freiherr v. Kellersperg. Ich erteile ihm dasselbe.

Obmann des Finanz-Ausschusses Abg. Freiherr v. Kellersperg: Ich erlaube mir, als Obmann des Finanz-Ausschusses zu beantragen, daß der mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 171,

betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 13 in der Burggasse zu Graz, zwecks Unterbringung des steiermärkischen Gewerbeförderungs-Institutes in demselben, in dringlichem Wege auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werde.

**Landeshauptmann:** Ist hinsichtlich des vom Herrn Obmann des Finanz-Ausschusses gestellten Antrages, daß der mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 171, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 13 in der Burggasse zu Graz, zwecks Unterbringung des steiermärkischen Gewerbeförderungs-Institutes in demselben, auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde, etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es meldet sich niemand zum Worte. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diese Erweiterung der Tagesordnung genehmigen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Auch diese Erweiterung der Tagesordnung ist genehmigt. Herr Abgeordneter Graf Lamberg hat sich zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Obmann des Sonder-Ausschusses für Eisenbahn-Angelegenheiten Abg. Graf Lamberg: Im Namen des Eisenbahn-Ausschusses erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, daß der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Dr. v. Hofmann, Wastian und Genossen, Beilage Nr. 80, betreffend die geplante Erhöhung der Frachttarife auf den Linien der k. k. priv. Südbahngesellschaft, Berichterstatter Herr Abgeordneter Franz, und der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Hagenhofer, Berger und Genossen, Beilage Nr. 63, betreffend den ehesten Ausbau der Bahnstrecke Hartberg—Gleisdorf, Berichterstatter Herr Abgeordneter Einspinner, dringlich behandelt werden.

**Landeshauptmann:** Der Herr Obmann des Eisenbahn-Ausschusses hat beantragt, daß im Dringlichkeitswege auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde der aufgelegte mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Hagenhofer, Berger und Genossen, Beilage Nr. 63, betreffend den ehesten Ausbau der Bahnstrecke Hartberg—Gleisdorf. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn keiner der Herren etwas zu bemerken wünscht, so ersuche ich diejenigen Herren, welche die Erweiterung der Tagesordnung in diesem Gegenstande genehmigen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

**Angenommen.**



Weiters hat der Herr Obmann des Eisenbahn-Ausschusses den Antrag gestellt, es möge der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Antrag der Abgeordneten Dr. v. Hofmann, Wastian und Genossen, Beilage Nr. 80, betreffend die geplante Erhöhung der Frachttarife auf den Linien der k. k. priv. Südbahngesellschaft, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werden. Ist etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn das nicht der Fall ist, so ersuche ich diejenigen Herren, welche den mündlichen Bericht über Beilage Nr. 80 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt wissen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Auch das ist genehmigt.

Es hat sich weiter zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete von Ritter-Zahony. Ich erteile ihm dasselbe.

Obmann des politischen Ausschusses Abg. v. Ritter-Zahony: Hohes Haus! Ich beantrage, den mündlichen Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl, Resel und Genossen, Beilage Nr. 49, auf Änderung der steiermärkischen Landesordnung, den mündlichen Bericht des politischen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 52, über die Prüfung der allgemeinen Neuwahlen für die X. Periode des steiermärkischen Landtages, den mündlichen Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fodlbauer, Hilari und Genossen, Beilage Nr. 53, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle und den Abschluß der fälligen Handelsverträge, und endlich den mündlichen Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hilari, Fodlbauer und Genossen, Beilage Nr. 73, betreffend die Beschleunigung der Erledigung des Gesetzentwurfes vom 3. November 1908, betreffend die Sozialversicherung, der Dringlichkeit wegen noch auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

**Landeshauptmann:** Der politische Ausschuss wünscht, daß auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde der mündliche Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl, Resel und Genossen, Beilage Nr. 49, auf Änderung der steiermärkischen Landesordnung. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn das nicht der Fall ist, ersuche ich diejenigen Herren, welche die Erweiterung der Tagesordnung in diesem Geschäftsgegenstande genehmigen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Angenommen.

Weiters den mündlichen Bericht des politischen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 52, über die Prüfung der allgemeinen Neuwahlen für die X. Periode des steiermärkischen Landtages. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist das nicht der Fall. Ich ersuche diejenigen Herren, die auch der Erweiterung der Tagesordnung in dieser Angelegenheit zustimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Angenommen.

Weiters den mündlichen Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hilari, Fodlbauer und Genossen, Beilage Nr. 73, betreffend die Beschleunigung der Erledigung des Gesetzentwurfes vom 3. November 1908, betreffend die Sozialversicherung. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn nicht, ersuche ich diejenigen Herren, die auch diesen Gegenstand auf die Tagesordnung gestellt wissen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Angenommen.

Weiters den mündlichen Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fodlbauer, Hilari und Genossen, Beilage Nr. 53, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle und den Abschluß der fälligen Handelsverträge. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist das nicht der Fall. Ich ersuche diejenigen Herren, die auch diesen Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wissen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Angenommen.

Es hat sich weiter zur Geschäftsbehandlung zum Worte gemeldet Seine Magnifizenz der Herr Rector magnificus. Ich erteile ihm dasselbe.

Obmann des Unterrichts-Ausschusses Abgeordneter Dr. Kratter: Hohes Haus! Ich beantrage über Beschluß des Unterrichts-Ausschusses den mündlichen Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Einspinner, v. Rodolitsch, Reitter und Genossen, Beilage Nr. 120, betreffend die Errichtung einer k. k. haueramischen Fachschule in Radkersburg, wegen Dringlichkeit auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen.

**Landeshauptmann:** Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn nicht, ersuche ich diejenigen Herren, welche auch diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt wissen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Angenommen.



Es hat sich weiter zur Geschäftsbehandlung zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete **Größwang**; ich erteile ihm dasselbe.

**Otmann** des kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschusses Abg. **Größwang**: Hohes Haus! Ich erlaube mir namens des kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschusses den Antrag zu stellen, daß der mündliche Bericht des kombinierten Finanz- und Sonder-Ausschusses für Landeskultur-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 158, über die Durchführung der Landesgesetze, betreffend die agrarischen Operationen, wegen Dringlichkeit noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werde.

**Landeshauptmann**: Ist hinsichtlich dieses Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn nicht, ersuche ich diejenigen Herren, welche auch diesen Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt wissen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Angenommen.

Es scheint vorläufig zur Geschäftsbehandlung nichts mehr zu bemerken zu sein und wir können somit zur Tagesordnung übergehen.

Der erste Gegenstand derselben ist die **Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. Benkovič, Terglav, Pišek und Genossen wegen der Eisenbahn Riezdorf an der Pač—Oberburg.** (Beilage Nr. 102.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Dr. Benkovič** (L.-G. Gili): [Beginnt seine Rede in slowenischer Sprache und fährt dann deutsch fort]: Hohes Haus! Ich sollte und könnte eigentlich bei Begründung meines Antrages sehr kurz sein, wenn ich darauf verweise, daß der Gerichtsbezirk Oberburg der einzige Gerichtsbezirk weit und breit ist, welcher gar keine Eisenbahnverbindung besitzt. (Zwischenruf: „Und Drachenburg!“) Ja richtig, auch Drachenburg! Ich ergreife aber diese Gelegenheit, um überhaupt auf die vernachlässigten wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Bezirkes hinzuweisen. Der Bezirk Oberburg hat schon große Mittel aufgebracht zur Schaffung und Hebung der Verkehrsmittel in diesem vernachlässigten Bezirke. Leider sind alle Opfer der Bevölkerung bis jetzt beinahe ganz fruchtlos gewesen.

Mein Antrag bezweckt nun die Herstellung einer Eisenbahnverbindung in diesem Bezirke. Der hauptsächlichste Grund, welchen ich anführe zur Unterstützung meines Antrages, ist der, daß durch diese Eisenbahnverbindung der Fremdenverkehr in diesem Bezirke außerordentlich gehoben werden wird. Denn bekanntlich befinden sich in diesem Bezirke die weit und breit als untersteirische Schweizer Alpen bekannten Sanntaler oder Steiner Alpen. Die Kalkalpen haben sich hier, nachdem an dem kärntnerisch-krainischen Teile die schaffende Kraft der Natur sozusagen erschöpft ist, im Bezirke Oberburg von neuem aufgerafft und haben ein großartiges Schauspiel hervorgebracht, so daß dieses Stück der Kalkalpen einen Vergleich mit den Dolomiten vollkommen aushalten kann. Bekannt sind die verschiedenen Perlen dieses Alpenstockes, wie zum Beispiel das sieben Kilometer lange Logartal, dann der großartige Rinkafall und schließlich die verschiedenen Bergriesen.

Die verschiedenen Alpenvereine, sowohl der deutsch-österreichische als auch und insbesondere der slowenische Alpenverein haben riesige Opfer gebracht, um die notwendigen Anlagen herzustellen. Es mangelt nur noch an einer besseren Verbindung von der Eisenbahnstrecke Gili—Wöllan, und zwar vom Punkte Riez an der Pač, damit die Touristen sich jedes Jahr in größerer Anzahl in dieses Gebiet ergießen. Es mangelt also nur noch daran, daß diese eine bessere Verbindung haben, um dieses großartige Gebiet zu erreichen. Ich erwähne nur, daß heutzutage jeder Tourist die fünfzig Kilometer lange Strecke von der Station Riez an der Pač bis in das Logartal mit Wagen zurücklegen muß und daß jeder Tourist, der hineingelangen will, dadurch einen dreitägigen Zeitverlust zu verzeichnen hat, was bestimmt nicht dazu beiträgt, den Fremdenverkehr zu heben.

Es sind aber auch noch andere Gründe, welche sozusagen nach einer Eisenbahnverbindung schreien — wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf.

Der Bezirk Oberburg hat große unausgenützte Wasserkräfte, welche der Entwicklung der Industrie sehr förderlich wären. Dann hat der Bezirk große Mengen von Kohlenlagern. Ich erwähne außerdem noch, daß der Bezirk zum Beispiel nicht weniger als 26.638 ha Waldflächen hat mit sehr schönen Beständen an Fichten-, Tannen- und Buchenholz u. s. w. Das Holz muß aber am Wasserwege nach Kroatien befördert werden und in Kroatien können selbstverständlich nicht die entsprechenden Preise erzielt werden, weil nach Kroatien auch von anderen benachbarten Ländern sehr viel Holz zugeführt wird und außerdem die Flößer angewiesen sind, ihre Ware dort abzusetzen, weil sie dieselbe nicht mehr zurückbefördern können.



Ich habe schon anfangs meiner Ausführungen erwähnt, daß die Bezirksvertretung von Oberburg schon seit einer Reihe von Jahren bestrebt ist, eine Eisenbahnverbindung zu erlangen. Schon im Jahre 1907 hat die Trassenrevision stattgefunden und zugleich die politische Begehung und die Stationskommission. Es sind alle Voraussetzungen vorhanden, um an die Ausführung der Bahn zu schreiten. Damals bei der politischen Begehung im Jahre 1907 ist diese Strecke als ein integrierender Bestandteil der Strecke Heiligenstein—Stein von maßgebenden Faktoren bezeichnet worden, jedoch heuer, als die Lokalbahnvorlage im Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, vermissen wir in dieser Vorlage in Konsequenz der Versicherung der maßgebenden Faktoren bei der politischen Begehung diese Strecke Riez an der Paß—Oberburg.

Ich stelle den Antrag:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, in die demnächst dem Abgeordnetenhaus vorzuliegende Regierungsvorlage, betreffend die Sicherstellung von mehreren Lokalbahnen, auch die Sicherstellung einer normalspurigen Eisenbahn vom Punkte Riez an der Paß der Eisenbahnstrecke Gills—Wöllan bis Oberburg auf Staatskosten aufzunehmen“

und bitte das hohe Haus, diesen meinen Antrag dem Eisenbahn-Ausschusse zuweisen zu wollen.

(Die Zuweisung des Antrages an den Eisenbahn-Ausschuß wird beschloffen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

**Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. Puchas und Genossen bezüglich des Neubaus des Allgemeinen landtschaftlichen Krankenhauses im Stiftingtal bei Graz.** (Beilage Nr. 74.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. Dr. **Puchas** (L.-G. Leibnitz): Hoher Landtag! Am Nachmittage des 20. September gab es unter den Lesern des „Grazer Tagblatt“ eine kleine Verwirrung. Sie drehten ihr Blatt hin und her und meinten, heute hätten sie zufällig das „Grazer Volksblatt“ oder gar den „Arbeiterwille“ erwischt. Denn im ersterwähnten Blatte stand ein Artikel, der die Zustände und die Ausführung beim neuen landtschaftlichen Krankenhause im Stiftingtale in schärfster Weise kritisierte.

Allerdings munkelte man von einer geheimen Nebenabsicht jenes Artikels, allein die Einstimmigkeit, mit welcher der auf allen Seiten dieses hohen Hauses ver-

ehrte Herr Dr. Lint zwei Tage später zum Landes-Ausschuß-Beisitzer gewählt wurde, diese Einstimmigkeit gab Zeugnis dafür, daß entweder eine solche Nebenabsicht nicht bestanden hat oder aber, daß sie ihren Zweck nicht erreichte.

Sei dem nun wie immer. Jener Artikel war ein flammendes „Ich klage an“, um das Wort des bekannten französischen Schriftstellers zu gebrauchen, und diese Anklagen nötigen den Landtag, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, und zwar im Interesse unserer eigenen Ehre und weiter auch im Interesse unserer Wähler, welche dieser Sache von größter Wichtigkeit mit berechtigtem Interesse entgegenblicken.

Die Natur der Begründung meines Antrages verlangt es, daß ich mich weder mit den dort erhobenen Anklagen irgendwie identifiziere, noch auch zurückgreife auf jene berechtigten Befürchtungen, die von meinen engeren Parteigenossen vor Jahren ausgesprochen wurden, als der Krankenhausneubau in Angriff genommen wurde. Ich will mich darum eben nur auf das beschränken, was in jenem Artikel in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Es wird erstens dem Landtage, und zwar in erster Linie der für die Arbeiten des Landtages verantwortlichen Majorität, dann auch dem gesamten Landtage vorgeworfen, daß bei jenem Neubau gewaltige Überschreitungen des präliminierten Betrages vorgekommen seien. Schon im Evangelium sagt unser Herr und Heiland: „Wenn jemand einen Turm bauen will, der setze sich zuerst hin und denke nach“, „Si habeat sumptus, qui neccessarii sunt“, das heißt auf deutsch, ob er das nötige Kleingeld habe. Kleingeld und auch größeres Geld war freilich in Steiermark auch damals wenig vorhanden. Was aber vorhanden war, als der Neubau beschloffen wurde, war die freudige Bereitwilligkeit des hohen Landtages, im Interesse der Ärmsten der Armen, nämlich der armen Kranken ein Werk zu schaffen und auch etwas Großes zu schaffen im Dienste der medizinischen Wissenschaft. Es ist auch klar, daß bei solchen Präliminierungen gar oftmals schon der Gedanke vorhanden war: Mit den veranschlagten Beträgen wird man wahrscheinlich nicht auskommen. Allein, nachdem beim Krankenhausneubau im Stiftingtale die Überschreitungen — wie ich höre — heute schon fast die Hälfte des präliminierten Betrages ausmachen, so werden dieselben, bis das Krankenhaus seiner Verwendung wird übergeben werden können, noch mehr als die Hälfte ausmachen müssen und es wäre meiner Meinung nach gewiß in der Ordnung gewesen, vielleicht vom Landtage einen Nachtragskredit in Anspruch zu nehmen. Wenn jemand darauf hinweisen würde, daß auch bei ähnlichen Bauten in anderen Ländern — das Wort



„Steinhof“ ist in irgend einer Ecke des hohen Hauses bereits gefallen —, also auch in Wien Überschreitungen des präliminierten Betrages vorgekommen seien, so dürfen wir nicht vergessen, daß diese Überschreitungen gerechtfertigt waren dadurch, daß der Umfang des Baues am Steinhof bedeutend erweitert wurde, und wir dürfen auch nicht vergessen, daß der niederösterreichische Landtag selbst jene Überschreitungen bereits einstimmig verurteilt hat. (Ruf: „So ist es!“) Wollte man vielleicht darauf hinweisen, daß die Überschreitungen beim Baue zum großen Teile durch die im Laufe der Jahre vielleicht um 50, 70, ja 100 Prozent gestiegenen Arbeitslöhne verursacht wurden, so mag das vielleicht für die Überschreitungen eine Erklärung sein, aber andererseits ist gerade hierin ein neuer Anklagepunkt gelegen, nämlich jener, daß man die Fertigstellung des Baues nicht auf so viele Jahre hinaus hätte verschleppen dürfen. Steinhof ist, um nun einmal das gewählte Beispiel zu gebrauchen, wie ja alle wissen, eine kleine Stadt für sich. Steinhof ist in rund 30 Monaten gebaut worden und da draußen im Stiftingtale wird jetzt schon fünf Jahre gebaut und vier Jahre soll noch gebaut werden! Selbstverständlich verursacht eine solche Hinausschleppung des Baues ungeheure Mehrkosten; ich rede hier nicht vom Zinsenverluste, obwohl derselbe bedeutend ist, ich spreche auch nicht davon, daß die Regie des Baues allein jährlich 32.000 K ausmacht (Rufe: „Hört!“), eine Summe, die sich im Laufe der neun Jahre ganz hübsch multiplizieren läßt, ich verweise nur darauf, daß damals, als der Neubau dieses Krankenhauses beschlossen wurde, gesagt wurde, „der Neubau eines landschaftlichen Krankenhauses ist dringend notwendig“, und wir alle sind ja davon überzeugt, daß ein neues Landeskrankenhaus für Steiermark dringend notwendig ist. Es ist darum nach meiner Meinung inhuman gegen die armen Kranken — wir wissen ja auch nicht, ob nicht einer oder manche von uns heute oder morgen im Krankenhause liegen müssen —, die Fertigstellung eines den Anforderungen der Neuzeit und der ärztlichen Wissenschaft entsprechenden Spitals so lange hinauszuschieben. Ich lese in dem Berichte, der uns in der ersten Sitzung des hohen Hauses eingehändigt wurde, daß in diesem Jahre auch der Vertrag, der mit dem Stadtbaumeister Str o h m e i e r abgeschlossen wurde, abläuft und es insolge dessen notwendig sein wird, eben wegen des langen Hinausschiebens der Fertigstellung des Baues entweder einen neuen Vertrag abzuschließen oder den Bau für die Objekte, die noch zu bauen sind, noch einmal auszusprechen.

Der dritte und vielleicht auch nicht der geringste Vorwurf, der erhoben wurde, ist die Planlosigkeit, mit welcher bei diesem Neubau vorgegangen wurde. Ein

neues, großartiges Unternehmen, wie es ein Krankenhausneubau ist, soll entsprechend projektiert, vorbereitet sein. Wie wir im Berichte des Landes-Ausschusses lesen, ist der Infektionspavillon erst im Bau, noch zu bauen sind die Nervenklinik, das Kesselhaus, das Badehaus, die Kapelle, eine Pestbaracke, das Desinfektionshaus und eventuell auch ein Schweinestall. Es wird aber versichert, daß geradezu unglaublich leichtsinnig gebaut worden ist; man hat Objekte aus dem Fundamente herausgebaut und kaum waren sie aus dem Grunde heraus, hat man gesehen, hallo, die Geschichte geht nicht recht, die muß anders gemacht werden und die Objekte mußten abgerissen werden. Man versichert, daß auf diese Weise ein ziemliches Sämmchen von Kronen hinausgeworfen wurde. So oft irgend ein neuer Klinikvorsteher oder Professor gekommen ist, hat selbstverständlich wieder jeder bezüglich der Ausstattung der Kliniken andere Wünsche gehabt als sein Vorgänger. Ja, meine verehrten Herren, wenn nicht der Plan von allem Anfange an festgelegt ist, an dem, wenn irgend möglich, festgehalten werden muß, dann kommt man dazu, daß man jedem persönlichen Wunsche Rechnung tragen will, ohne aber dabei zu bedenken, daß man das Land in große unnötige Kosten stürzt. Ferner hat die Besichtigung des Neubaus ergeben, daß heute zahlreiche Objekte so ziemlich fertiggestellt, verputzt und gemalt sind und doch ist man über sehr wichtige Fragen, nämlich über die Frage der Beheizung und Beleuchtung und zum Teile auch der Wasserleitung noch nicht ganz im klaren. Auch der Laie kann sich vorstellen, daß die Installierung, zum Beispiel der Beleuchtung allein bedeutende Unkosten verursachen wird, wenn die Objekte im Innern schon verputzt und gemalt sind. Wollte mir jemand einwenden, daß man auf die weiteren Fortschritte der Technik in allen diesen Dingen warten wollte, so könnte ich ruhig antworten, das Gebiet der Technik gleicht heute dem reisenden Strome, bei dem eine Welle die andere verdrängt, wo eine Entdeckung die andere überholt, und wenn man immer wieder auf das Neueste auf dem Gebiete der Technik warten wollte, so hätten wir auch in 100 Jahren noch kein Krankenhaus im Stiftingtale fertig. Hochverehrte Herren, um die Zeit der Begründung nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen, will ich zum Schlusse eisen.

Es ist Aufgabe des hohen Landtages, sich darüber Klarheit zu verschaffen, wie es eigentlich mit dem Krankenhausneubau im Stiftingtale steht; Selbsterkenntnis ist ja der erste Schritt zur Besserung, sagt ein altes Sprichwort. Es mögen also die Fehler offen aufgedeckt werden, die etwa gemacht worden sind, es mögen aber auch diejenigen oder derjenige, der an diesen Fehlern Schuld trägt, zur Verantwortung, eventuell zur Be-



strafung gezogen werden. (Rufe: „Sehr richtig!“) Nach alldem erlaube ich mir meinen Antrag zu wiederholen, der dahin lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Es ist unverzüglich ein eigener Ausschuß zu wählen, welcher die ganze Krankenhausbauangelegenheit genauest zu prüfen und noch in dieser Session dem Landtage hierüber einen eingehenden Bericht zu erstatten hat.

2. Es ist auf die ehefte Fertigstellung des so wichtigen Neubaus zu dringen.“

Hoher Landtag, ich habe gebeten und beantragt, einen eigenen Ausschuß zu wählen, weil der Ausschuß, der eventuell für diese Frage in Betracht käme, nämlich der Finanz-Ausschuß, ohnedies mit Arbeiten genug gesegnet ist, und ich habe beantragt diesen Ausschuß unverzüglich zu wählen. Mir wird aber entgegengehalten, daß die heutige Tagesordnung ohnedies schon mit Beratungsgegenständen überlastet ist und daß es für die Sache gleichgültig wäre, ob der Ausschuß heute oder in der ersten Sitzung, wenn wir uns wieder im hohen Hause zusammenfinden, gewählt wird. Uns ist das gleichgültig, wir verlangen nur, und ich glaube, hierin sind alle Parteien des Hauses einig, daß ein eigener Ausschuß die ganze Krankenhausbauangelegenheit untersuche, diesem Hause eingehend Bericht erstatte, aber auch darüber berichte, worin die Schuld an den bedeutenden Fehlern liegt, welche beim Bau gemacht worden sind, und daß eventuell die oder der Schuldtragende zur Rechenschaft gezogen werde. Wir verlangen ferner, daß die Fertigstellung dieses so wichtigen Baues nicht lange hinausgeschoben werde, sondern in kürzester Zeit erfolge. In diesem Sinne bitte ich das hohe Haus, unseren Antrag womöglich einstimmig zu genehmigen. (Beifall.)

**Landeshauptmann:** Wie die Beilage Nr. 74 ausweist, ist der Antrag bereits hinreichend unterstützt. Hinsichtlich der Zuweisung hat der Herr Antragsteller den Wunsch ausgesprochen, einen eigenen, aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden Ausschuß zu wählen. Ist hinsichtlich der Zuweisung etwas zu bemerken?

Landes-Ausschuß-Beisitzer **Dr. Rink:** Der Landes-Ausschuß unterstützt den soeben gehörten Antrag, wie ja die geehrten Herren von demselben wohl erwarten durften, aus folgenden Gründen: Vom Herrn Antragsteller wurde in seiner Begründung bereits darauf hingewiesen, daß die unmittelbare Veranlassung und den Anstoß zur Stellung dieses Antrages ein von ihm bezeichneter Artikel in einem hiesigen Tagblatte gegeben

hat, in welchem heftige und schwerwiegende Angriffe und Vorwürfe gegen die Führung des Krankenhausbauens erhoben worden sind. Der Landes-Ausschuß steht auf dem Standpunkte und er muß auf diesem Standpunkte stehen, daß das hohe Haus das volle Recht hat, Licht und Klarheit in dieser Angelegenheit zu verlangen und der Landes-Ausschuß muß aber auch von seinem Standpunkte aus wünschen und darauf dringen, daß eine eingehende, vorurteilsfreie Prüfung dieser Angelegenheit vorgenommen werde, und zwar eine Prüfung, welche alle mit dieser Krankenhausfrage im Zusammenhange stehenden Fragen, also den ganzen Komplex aller dieser Fragen zu umschließen hätte.

In Angelegenheit des Krankenhausbauens wurden seitens des Landes-Ausschusses vom Anbeginn dieser ganzen Aktion fortlaufende Berichte dem hohen Hause erstattet, und zwar sowohl in besonderen Berichten als auch in dem jährlich erscheinenden Tätigkeitsberichte und Rechenschaftsberichte des Landes-Ausschusses. Der Landes-Ausschuß hat namentlich in den letzten Jahren in jeder Tagung einen ausführlichen Bericht über den Fortgang der Bauarbeiten dem hohen Hause vorgelegt. Auch in der letzten Session wurde vom Landes-Ausschusse ein sehr ausführlich gehaltener Bericht erstattet, welcher vom hohen Hause im November 1908 zur Kenntnis genommen wurde. Auch für diese Session ist ein solcher umfassender Bericht bereits vorbereitet. Der Landes-Ausschuß wird diesen Bericht noch weiters ausgestalten und ihm zweckdienliche Aufklärungen anfügen. In demselben werden erörtert der Stand der heute fertigen oder halbfertigen Bauten nach den einzelnen Objekten und der Stand der noch zu bewirkenden Arbeiten, ferner die Ursache und Veranlassung der Verzögerungen des Baues und der damit zusammenhängenden Arbeiten, ferner die Ursachen der vorgekommenen und noch zu erwartenden Kostenüberschreitungen, von welchen heute schon gesprochen worden ist, der Landes-Ausschuß wird in diesem Berichte weiters die wichtigen Fragen der Wasserleitung, der Kanalisation, der Beschaffung des elektrischen Stromes und die Frage der Fernheizung in eingehender Weise behandeln, kurz, es wird dieser Bericht als wichtige Grundlage für den Ausschuß, den Sie einzusetzen beschließen werden, dienen. Der Landes-Ausschuß wird sich aber nicht damit begnügen, diesen Bericht, der dann diesem Ausschusse zuzuweisen sein wird, vorzulegen, sondern es wird dem zu wählenden Ausschusse auch weiters noch das gesamte sehr umfangreiche Aktenmaterial zur Verfügung gestellt werden.

Es wird alles geschehen, um die Angelegenheit soweit vollständig klarzustellen. Dieser Ausschuß wird



daher in die Lage versetzt sein, sein Urteil über die ganze Angelegenheit aus ganz offiziellen Quellen zu schöpfen. Der Landes-Ausschuß muß einen großen Wert darauf legen, daß eine solche Prüfung vorgenommen werde, in Voraugenhaltung der großen Verantwortung, welche derselbe in dieser Angelegenheit trägt. Nur eines möchte ich heute schon hervorheben, daß der Landes-Ausschuß einer außerordentlich schwierigen Aufgabe gegenübersteht und daß ich das Referat in dieser Angelegenheit im Jahre 1907 unter gelinde gesagt sehr schwierigen und komplizierten Verhältnissen übernommen habe. Der Zweck des in Verhandlung stehenden Antrages entspricht den Intentionen des Landes-Ausschusses. Allerdings bin ich heute nicht in der Lage, auf die Ausführungen des Herrn Antragstellers im Gegenstande selbst einzugehen und über die gerügten Fehler Ihnen Rede und Antwort zu stehen, es würde dies im gegenwärtigen Stadium der Verhandlung zu weit führen. Nur einem Vorwurfe möchte ich entgegen treten, nämlich dem, daß der Landes-Ausschuß über einzelne Fragen nicht an den Landtag herangetreten ist und seine Beschlußfassung eingeholt hat.

Nach dem ganzen Charakter einer so großartigen Bauführung ist es überhaupt nicht möglich gewesen, ohne den Fortschritt der Bauarbeiten vollständig aufzuhalten, mit den einzelnen ungleich wichtigen Fragen an den Landtag heranzutreten, man mußte sich mit periodischen Berichterstattungen begnügen, daher ein großes Maß von Verantwortung selber tragen.

Aus diesen Erwägungen war auch der Landes-Ausschuß in dieser Frage mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet. Das alles, meine Herren, werden Sie zu berücksichtigen haben und auch billigerweise berücksichtigen. Weiters muß ich noch hervorheben, daß es sich nicht um einen einfachen Krankenhausbau, auch nicht um einen Bau, wie er in der Irrenanstalt in Steinhof bei Wien aufgeführt worden ist, handelt, sondern um einen Krankenhausbau handelt, in welchem die Kliniken unterzubringen waren, der also auch Unterrichtszwecken zu dienen hat, der allen Anforderungen der Wissenschaft und modernen Einrichtungen entsprechen sollte, daß bei dem fortschreitenden Baue sich herausgestellt hat, man habe in zu beschränktem Maße zu bauen begonnen, die Belagräume, wie sie ursprünglich angenommen, waren als unzureichend erkannt, der Bau von Haus aus viel zu klein projektiert. Meine Herren, der Bau ist heute für einen Belag von 1600 Betten ausgestattet und es wird mir wohl zugestanden werden, daß, wenn wir nur für den ursprünglichen Belagraum vorgesorgt hätten, der Bau schon zur Zeit seiner ersten Benutzung zu klein gewesen wäre und daß den Bedürfnissen der

Ärmsten, wie ganz richtig gesagt worden ist, nicht hätte Genüge geleistet werden können. Sie werden weiters zu geben müssen, daß, wenn wir gezwungen gewesen wären, schon im ersten Jahre der Inbetriebsetzung des neuen Krankenhauses Zubauten zu machen, das weitaus mehr Geldmittel in Anspruch genommen hätte als jetzt. Sie werden auch in Erwägung ziehen müssen, daß, wie ich früher erwähnt habe, es sich nicht um einen einfachen Krankenhausbau handelt, sondern daß eine Unsumme von Schwierigkeiten beim Baue daraus entstanden sind, und darauf hat auch der Herr Antragsteller hingewiesen, daß mit dem Krankenhause auch die Universitätskliniken zu verbinden waren. Meine Herren, die Schwierigkeit der baulichen Ausgestaltung der Kliniken, die Verhandlungen, die in dieser Richtung nicht bloß mit den Klinikvorständen, sondern auch mit der Statthalterei und dem Ministerium geführt werden mußten, haben Mehrarbeiten und Verzögerungen mit sich gebracht, die der Landes-Ausschuß nicht zu verantworten hat.

Ich wiederhole nochmals, ich begrüße diesen Antrag. Meine sehr geehrten Herren! Sie werden alles erwägen und nach Abwägung aller Verhältnisse uns nicht aburteilen. Ich empfehle den Antrag, wie er gestellt worden ist, zur Annahme. (Beifall.)

Abg. Dr. **Schacherl** (N. W. Bruck): Hohes Haus! Wir müssen unser tiefstes Bedauern darüber aussprechen, daß dieser Antrag erst heute zur Begründung kommt, obwohl er bereits am 21. September dieses Jahres gestellt wurde. Es wäre gewiß nicht bloß die Zeit gewesen, sondern ich glaube, es wäre auch im Interesse des Landes-Ausschusses einerseits und andererseits im Interesse der ganzen Bevölkerung und des Landtages gelegen gewesen, wenn dieser Antrag früher zur Begründung gekommen, wenn er rechtzeitig dem Ausschusse zugewiesen worden wäre, damit wir in die Lage gekommen wären, über diese Angelegenheit zu sprechen. Ich glaube, eine solche Angelegenheit, welche die Bevölkerung auf das tiefste beunruhigt hat, welche auf allen Seiten geeignet ist, die tiefste und größte Besorgnis über die Wirtschaft im Lande hervorzurufen, ich glaube, eine solche Angelegenheit wäre viel wichtiger und dringender zu behandeln gewesen, als manche andere Angelegenheit, die behandelt wurde. Wir haben einen Monat hier zugebracht und wir müssen offen sagen, daß die Zeit, wie wir in einem Antrage dargelegt haben, zum größten Teile vergeudet wurde. Es wäre am Platze gewesen die für das Land und für den Landtag ungeheuer wichtige und brennende Frage eingehend zu besprechen und Beschlüsse zu fassen. Ich muß auch mein Erstaunen darüber aussprechen,



daß der Landes-Ausschuß nicht selbst irgend eine Gelegenheit ergriffen hat, um sich gegen die schwerwiegenden Vorwürfe und Angriffe zu rechtfertigen und die Bevölkerung, wenn diese Angriffe nicht gerechtfertigt wären, darüber aufzuklären, umsomehr als es gerade eine Zeitung war, welche das Organ der Mehrheit des Landtages ist, das Organ der Mehrheit des Landes-Ausschusses es gewesen ist, welches diesen Angriff unternommen hat. Es ist diese ganze Angelegenheit, die zur Sprache gebracht wurde und um die es sich handelte, keine Kleinigkeit. Es handelt sich um den Vorwurf einer planlosen Wirtschaft, um den Vorwurf, daß der Krankenhausbau verzögert und verschleppt wurde. Meine Herren, wenn wir die elenden, schrecklichen Zustände im alten Landeskrankenhaus kennen — ich habe bereits im vorjährigen Landtage wiederholt Gelegenheit gehabt darauf zu verweisen —, dann, glaube ich, muß man es auf das tiefste bedauern, wenn wir hören, daß durch die Schuld des Landes-Ausschusses eine neue Verschleppung und Hinauszichung des Baues des öffentlichen Krankenhauses erfolgt ist.

Meine Herren, wir werden, da sich heute nichts anderes mehr machen läßt, für die Zuweisung des Antrages und die Wahl eines Ausschusses stimmen, obwohl wir der Ansicht sind, daß es heute geradezu als eine böse Ironie erscheinen muß, wenn sich die Partei des Herrn Antragstellers als Bekämpferin der Mißwirtschaft, Willkür und Planlosigkeit aufspielt. Ich hoffe schließlich immer noch von unserem Landes-Ausschusse, daß er in der Planlosigkeit, Mißwirtschaft und Willkür beim Baue des Landeskrankenhauses im Stiftingtal nicht den Gipfel erreicht hat, wie die Planlosigkeit, Willkür und Mißwirtschaft des niederösterreichischen Landes-Ausschusses. (Abg. Dr. Buchas: „Ist verurteilt worden!“) Auf diese Bemerkung werde ich sofort zu sprechen kommen. In Niederösterreich haben die Parteigenossen der Antragsteller statt der Summe von 18,000.000 K den Betrag von 26,000.000 K ausgegeben. Der christlichsoziale Landes-Ausschuß hat davon nichts gesehen oder gehört, oder, was wahrscheinlicher ist, er hat es stillschweigend gebilligt und geduldet. Daß man zum Schlusse, wie man gesehen hat, daß diese Stinkbombe plagen muß, den Oberkurator Steiner als Sündenbock in die Wüste hinausgestoßen hat und sagte: „Nimm Du die ganze Sünde auf Dich und erlöse uns vom Übel der Kritik“, das ist keine Kunst, das kann jeder treffen. Jeder ist verantwortlich und da ist nicht er allein schuld, sondern der ganze Landes-Ausschuß von Niederösterreich.

Das habe ich zu bemerken, aber das wird uns nicht heirren und behindern, wenn wir für die Zuweisung

stimmen. Wir würden es begrüßt haben, wenn der Antragsteller den Antrag gestellt hätte, sofort einen Ausschuß zu bilden, damit die Mitglieder in der Zeit, wo der Landtag nicht beisammen ist, die Möglichkeit haben sich zu informieren und selbst das Material zu sammeln, damit man, wenn der Landtag im Winter oder im Frühjahr zusammen kommt, sofort in kürzester Zeit in eine strenge Prüfung und Untersuchung eingehen könne.

Wir sind für die strengste Prüfung in dieser Angelegenheit und sind dafür, daß die Schuld aller, die die Verantwortung tragen, in zweifelloser Weise festgesetzt werde. Deswegen werden wir für die Zuweisung des Antrages und die Wahl eines besonderen Ausschusses stimmen.

**Landeshauptmann:** Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und werde zur Abstimmung schreiten.

Es ist der Antrag gestellt worden, zur Vorberatung der Beilage Nr. 74, das ist der Antrag der Abgeordneten Dr. Buchas und Genossen, bezüglich des Neubaus des Allgemeinen landschaftlichen Krankenhauses im Stiftingtal bei Graz, einen eigenen Ausschuß, bestehend aus 15 Mitgliedern, zu wählen und die Wahl dieses Ausschusses auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche zustimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist angenommen worden, und zwar einstimmig.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

**Begründung des Antrages der Abgeordneten Gerlik, Mosdorfer, Dr. Hofmann, Bastian und Genossen, betreffend den Ausbau der Eisenbahnlinie Gleisdorf—Hartberg.** (Beilage Nr. 88.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Gerlik** (St.-G. Hartberg): Hohes Haus! Mein Antrag deckt sich vollkommen mit dem Antrage der Herren Abgeordneten Hagenhofer und Genossen. Dieser Antrag wurde dem Sonder-Ausschusse für Eisenbahn-Angelegenheiten zugewiesen. Der Eisenbahn-Ausschuß hat auch in dieser Angelegenheit schon Beschluß gefaßt. Über Antrag des Berichterstatters, beziehungsweise des Obmannes des Eisenbahn-Ausschusses, wird diese Angelegenheit schon heute auf die Tagesordnung gesetzt und in späterer Stunde verhandelt werden. Ich verzichte



daher auf die Begründung meines Antrages und ersuche, mir bei der Berichterstattung das Wort zu erteilen.

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

**Begründung des Antrages des Abgeordneten Dr. B. Kukovec, betreffend den Bau der Bahn von Nitz an der Paß nach Oberburg.**  
(Beilage Nr. 103.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

**Abg. Dr. Kukovec (M.-G. Präßberg):** [Beginnt seine Rede in slowenischer Sprache und fährt deutsch fort]: Für den Ausbau der Strecke Nitzdorf an der Paß nach Oberburg sprechen hochgewichtige Gründe volkswirtschaftlicher Natur. Ich will die Punkte, welche ja schon erwähnt worden sind, nicht wiederholen, sondern will mich nur auf einen Punkt näher einlassen und das ist der, daß durch den Ausbau dieser Bahnstrecke in Zukunft für den Bezirk Oberburg die beste Aussicht für eine üppige Industrie vorhanden ist. Diese Bahn ist für diesen Bezirk umso wichtiger, als die dortige Bevölkerung infolge Mangels an Arbeitsgelegenheit von Jahr zu Jahr auswandert, obwohl in diesem Bezirke die geeignetsten Voraussetzungen für den größten Wohlstand vorhanden wären, falls er durch eine moderne Bahnverbindung in die übrigen Verkehrswege eingefügt würde. Ich hebe besonders hervor, daß in der Nähe des Marktes Nitz und bei Neustift sowie im Driettale Kohlenlager von vorzüglicher Qualität vorhanden sind, welche über sieben-tausend Kalorien betragen. Ich bemerke ferner, daß sich außerdem in der Nähe von Nazareth ein großes Lager von Bauxit befindet zur Erzeugung von Aluminium, sowie Marmorbrüche zu Sulzbach. Und besonders wäre noch zu berücksichtigen, daß der größte Teil der Grundfläche dieses Bezirkes, wie schon früher ausgeführt wurde, von Wäldern besetzt ist, und zwar von ausgezeichneten Fichtenwäldern. Es werden 40.000 m<sup>3</sup> Merkantilholz gleich 2000 Waggon jetzt schon exportiert, und zwar auf dem Wasserwege, was jedoch mit großen Schwierigkeiten verbunden und wenig einträglich ist. Durch die Schaffung einer Bahn könnte für die Holzindustrie mit ihren verschiedenen Zweigen vorgesorgt werden, besonders deshalb, weil ja die Arbeitskräfte billig sind. Hierin würde in volkswirtschaftlicher Beziehung der glücklichste Schritt getan werden, den die Landesvertretung tun kann, wenn sie diesem Projekte entgegenkommt und einen angemessenen Beitrag leistet. Es wäre dies keine einmalige Ausgabe, sondern es wäre eine Investition, welche nicht nur dem Bezirke, sondern auch dem Lande

zugute kommen muß. Dies wollte ich nur kurz zur Begründung meines Antrages anführen, welcher dem Eisenbahn-Ausschusse zugewiesen werden möge.

**Landeshauptmann:** Nachdem der vom Herrn Abgeordneten Dr. Kukovec soeben begründete Antrag nur vom Herrn Antragsteller gefertigt ist, habe ich zuerst die Unterstützungsfrage zur Austragung zu bringen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

**Abg. Dr. Benkovič (L.-G. Gilli):** Wir haben den Antrag des Herrn Kollegen Dr. Kukovec unterstützt, obwohl er im Meritum wesentlich anders lautet als unser Antrag. Ich bezweifle sehr, ob dadurch die Bahn gesichert ist, wenn der hohe Landtag das verlangte Kapital in Form von Stammaktien bewilligen wird, denn die Interessenten werden den restlichen Teil nicht aufbringen können. Ich möchte aber dabei noch eine andere Feststellung machen; wir erwarten von diesen Zuweisungen nicht viel. In der letzten Sitzung ist mein Antrag, betreffend den Ausbau der Strecke Heilensstein—Möttnik dem Eisenbahn-Ausschusse zugewiesen worden. Die infolge meines Wunsches, dem der verehrte Herr Obmann in liebenswürdigster Weise Rechnung getragen hat, auf heute einberufene Eisenbahn-Ausschusssitzung war beschlußunfähig. Es ist außer den Vertretern unseres Klubs kein Herr erschienen, mit Ausnahme des Herrn Abgeordneten Schweiger, der gekommen ist, als die Beschlußunfähigkeit schon konstatiert war. Wenn die Herren unseren Forderungen gegenüber so wenig Verständnis entgegenbringen, so werden Sie in uns die Überzeugung festigen, daß wir von diesem Landtage nichts zu erwarten haben und Sie werden nur veranlassen, daß wir aus dieser unserer Überzeugung die notwendigen Konsequenzen ziehen werden. — (Abgeordneter **Wastian:** „Das sind Komödien und Scheingefechte! Im Reichsrate obstruieren die Herren und hier im Landtage spielen sie sich auf die fleißigen, wirtschaftlichen Arbeiter hinaus!“)

**Landeshauptmann:** Ist noch etwas zur Zuweisung zu bemerken? (Nach einer Pause:) Nachdem dies nicht der Fall ist, erkläre ich die Debatte für geschlossen und werde nun zur Abstimmung der Zuweisungsfrage schreiten.

(Die Zuweisung des Antrages an den Eisenbahn-Ausschuß wird beschloffen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

**Begründung des Antrages des Abgeordneten Dr. B. Kukovec, betreffend den ehesten Ausbau der Strecke Heilensstein—Möttnik.** (Beilage Nr. 109.)



Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. Dr. **Rukovec** (N.-G. Prazberg): Hoher Landtag! Wenn bei anderen Anträgen über die schlechte finanzielle Lage des Landes geklagt wird, so ist dies bei dem unter Punkt 5 der Tagesordnung stehenden nicht begründet, nachdem in der Eisenbahnvorlage, welche dem Reichsrate vorgelegt worden ist, diese Bahn als eine auf Staatskosten auszuführende bezeichnet wird und die Interessenten, besonders das Land und der Bezirk nur im geringen Maße zur Beisteuerung herangezogen werden sollen. Wenn Sie bedenken, daß diese Strecke die Fortsetzung der schon bestehenden Lokalbahn Gili—Wöllan bilden soll, so spricht dieser Grund noch mehr für die Verwirklichung dieses Planes, nachdem ja die bestehende Landesbahn dann rentabler gestaltet werden wird. Obwohl über den Ausbau dieser wichtigen künftigen Verbindung der Alpenländer mit dem Süden Meinungsverschiedenheiten vorkommen dürften, so kann für den steiermärkischen Landtag die Frage nur insoweit in Betracht kommen, als es sich um den Ausbau der Strecke auf steirischem Boden handelt und dieser Ausbau kann nur als im Interesse des Landes angesehen werden. Ich hätte den Antrag nicht gestellt, wenn nicht in der Öffentlichkeit eine Mißdeutung eines Berichtes des Landes-Ausschusses an die hohe Regierung vorgekommen wäre, nach welcher sich der Landes-Ausschuß über dieses volkswirtschaftlich wichtige Bahnprojekt nicht eifrig genug eingesetzt haben soll. Es ist irrtümlicherweise behauptet worden, die Grazer Handels- und Gewerbekammer nehme diesem Projekte gegenüber einen anderen Standpunkt ein als der Landes-Ausschuß. Das ist nicht der Fall, nachdem dieser so wichtigen Bahnstrecke auch von dieser Seite kein Verständnis entgegengebracht wird.

Ich muß noch einmal auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bahnbaues und auf den einstimmigen Wunsch und die Forderung der Bewohner des Samntales, welches übrigens ja im wirtschaftlichen Aufschwunge begriffen ist, verweisen und bitte die Herren, sich dafür einzusetzen, daß in Zukunft die Anschauung, der Standpunkt des Landes-Ausschusses bezüglich dieses Bahnbaues korrigiert werde und daß er sich dafür einsetze, daß der Staat diese Bahn möglichst bald zur Ausführung bringt. Ich beantrage die Zuweisung des Antrages an den Eisenbahn-Ausschuß.

**Landeshauptmann:** Der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Rukovec, betreffend den Ausbau der Strecke Heiligenstein—Mötnitz, ist bisher nur vom Herrn Abgeordneten allein unterschrieben; ich habe daher die Unterstützungsfrage zu stellen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Zur Frage der Zuweisung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Benkovič zum Worte gemeldet; ich erteile ihm dasselbe.

Abg. Dr. **Benkovič** (N.-G. Gili): Hohes Haus! Wir werden für die Zuweisung des Antrages an den Eisenbahn-Ausschuß stimmen. Ich muß aber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Rukovec doch einige Worte widmen. (Setzt seine Rede bis zum Schlusse in slowenischer Sprache fort. — Abg. Wastian: „Das Liebesgeständnis sollen Sie doch deutsch machen, damit wir Sie kennen lernen!“ — Abg. Dr. Korosec: „Das interessiert Sie ja doch nicht!“ — Abg. Wastian: „Wohl, Herr Dr. Benkovič, sagen Sie das doch deutsch!“ — „So gerne haben Sie Herrn Dr. Rukovec!“ — Abg. Dr. Rukovec: „Ich bin auch dankbar dafür!“)

**Landeshauptmann:** Wünscht noch jemand zur Zuweisung zu sprechen? (Nach einer Pause:) Wenn nicht, erkläre ich die Debatte für geschlossen und schreite zur Abstimmung. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Beilage Nr. 109, das ist der Antrag des Abgeordneten Dr. B. Rukovec, betreffend den ehesten Ausbau der Strecke Heiligenstein—Mötnitz, dem Eisenbahn-Ausschusse zugewiesen werde.

(Die Zuweisung des Antrages an den Eisenbahn-Ausschuß wird beschlossen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

### Begründung des Antrages der Abgeordneten Brandl und Genossen in Eisenbahn-Angelegenheiten. (Beilage Nr. 108.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Brandl** (N.-G. Judenburg): Hoher Landtag! Die Ortschaft Pegg bei St. Lorenzen durchzieht die Staatsbahnlinie Amstetten—Pontafel. Der Ort hat aber bis heute keine Personenhaltestelle und es haben die Bewohner dieses Ortes bis zur nächsten Bahnstation Sankt Lorenzen oder Kraubath beiderseits je eine Wegstunde und sind dadurch stark geschädigt. In der Umgebung sind heiläufig fünfzig Bauern und Grundbesitzer, ein Magnesitwerk, Steinbrüche und eine hübsche Anzahl dort beschäftigter Arbeiter sowie eine Volksschule.

Die dortige Gemeinde St. Lorenzen hat sich bereit erklärt, der Staats-Eisenbahn-Direktion Willach 1000 K zu zahlen, wenn sie beim dortigen Wächterhause Nr. 184 eine Personenhaltestelle errichten würde. Die



Staats-Eisenbahn-Direktion Villach hat aber unterm 19. Juni 1909, Z. 21.148, der Gemeinde St. Lorenzen eröffnet, daß sie nur dann bereit sei, diese Haltestelle zu errichten, wenn die Gemeinde für die ganzen Baukosten per 9300 K. aufkommt. Auf das hin haben sich dann zweiunddreißig Bauern zusammengetan und haben freiwillige Beiträge gezeichnet im Betrage von über 3000 K.

Da diese Angelegenheit sehr wichtig ist und heute gerade an dieser Strecke das zweite Bahngelände gebaut wird, so wäre dadurch die Möglichkeit geschaffen, diesem Wunsche der Bevölkerung zu entsprechen.

Ich erlaube mir daher, an das hohe Haus die Bitte zu richten, diesen meinen vorliegenden Antrag zu unterstützen und in formeller Beziehung ersuche ich, diesen meinen Antrag dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen.

Da ich aber erst heute Gelegenheit hatte, den Antrag zu begründen, der Landtag aber heute vertagt wird und, bis wir wieder zusammenkommen, der Bau des Geleises jedenfalls vollendet sein wird, es daher schwierig sein wird, dann etwas zu erlangen, so möchte ich das hohe Haus bitten, zu bewilligen, daß dieser Antrag sofort dem Landes-Ausschusse zur günstigen Erledigung überwiesen wird.

**Landeshauptmann:** Nach der Geschäftsordnung muß jeder hier begründete Antrag einem besonderen Ausschusse zugewiesen werden und glaube ich, wird nur der Wunsch des Herrn Abgeordneten seitens des Landes-Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen sein, nämlich daß er wünscht, daß man für die Schaffung einer Personenthaltestelle in Pegg eintrete.

(Die Zuweisung des Antrages an den Landes-Ausschuß wird beschlossen.)

Da die für die Begründung von Anträgen und die damit in Verbindung stehenden Zuweisungen festgesetzte Zeit von einer Stunde bereits verflossen ist, so kann ich weder Punkt 7 und 8 der Tagesordnung, noch den heute zur Begründung neu auf die Tagesordnung gestellten Antrag Nr. 189 der Abgeordneten Dr. v. Kaan, v. Fejrer und Genossen, auf Gewährung eines Stammaktienbeitrages von 200.000 K. seitens des Landes Steiermark zum Bau der Lokalbahn Peggau—Übelbach, in Geschäftsbehandlung nehmen und muß zu Punkt 9 der Tagesordnung übergehen, das ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Alt-Neudörfel im Gerichtsbezirke Radkersburg um die Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer**

**Mußflizienz- und Offenhaltungsgebühr im erhöhten Betrage von je zwei Kronen.** (Beilage Nr. 156.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Robit:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Anträge, Landtagsbeilagen Nr. 274, 392, 397, 434, 444, 455, 499, 507, 534 und die Petitionen Nr. 371, 372, 541, 636, 709, 738, 746 und 740, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen in Eggenberg, Leoben, Mottenmann, Graz rechts Murufer, Graz für den Umgebungsbezirk, Marburg, Würzzuschlag, Trifail, St. Georgen an der Südbahn, Sachsenfeld und Donawitz.**

(Beilage Nr. 172.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Pink:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den kombinierten Finanz- und Unterrichts-Ausschuß.

Abg. Dr. **Kufovec** (M.-G. Prazberg): Ich muß mein Bedauern aussprechen, daß laut des vorliegenden Berichtes für drei deutsche Bürgerschulen das Geld gefunden wurde, für eine slowenische aber kein Geld vorhanden ist.

(Die Zuweisung der Beilage Nr. 172 an den kombinierten Finanz- und Unterrichts-Ausschuß wird beschlossen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Umwandlung der Landes-Bürgerschule in Gilli in eine öffentliche Knaben-Bürgerschule.** (Beilage Nr. 173.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.



Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Pink: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den kombinierten Finanz- und Unterrichtsaus-schuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Fortbestand des besonderen IV. Lehrkurses an der Landes-Bürgerschule in Hartberg.**  
(Beilage Nr. 174.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Pink: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den kombinierten Finanz- und Unterrichtsaus-schuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 29, über die Petition Nr. 810 des Verbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Steiermark um einen Beitrag zum Baue eines Genesungsheimes für erkrankte Lehrer und Lehrerinnen.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Pferschy, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Pferschy (von der Tribüne): Hoher Landtag! Ich habe über die Beilage Nr. 29 Bericht zu erstatten. Es betrifft das Ansuchen des Verbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Steiermark um einen Beitrag zum Baue eines Genesungsheimes für erkrankte Lehrer und Lehrerinnen.

Ich brauche den Herren wohl nicht auseinanderzusetzen, welcher schweren Beruf unsere verdienstvollen Lehrer haben und daß insbesondere infolge ihres Berufes Nervenkrankheiten und Krankheiten der Atmungsorgane sehr häufig bei ihnen vorkommen. Es ist daher der Wunsch der steirischen Lehrerschaft, daß von Seite des Landtages ein Beitrag für die Erbauung eines Genesungsheimes gegeben werde, ein gerechtfertigter.

Ich erlaube mir, den Antrag, den der Finanz-Ausschuß stellt, zum Vortrage zu bringen, der dahin geht (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Verbands der deutschen Lehrer und Lehrerinnen in Steiermark wird zum Baue eines Genesungsheimes für erkrankte Lehrer und Lehrerinnen ein einmaliger Beitrag von 1000 K gewährt“,  
und ich bitte Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 71, betreffend die Zuerkennung einer Gnadenpension an Karoline Ertl, Witwe des ehemaligen ordnierenden Arztes Dr. Hans Ertl im allgemeinen öffentlichen Krankenhause in Mürzzuschlag.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Pferschy, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Pferschy (von der Tribüne): Hohes Haus! Von Seite der Witwe des verstorbenen Dr. Ertl, ehemaligen ordnierenden Arztes des öffentlichen Krankenhauses in Mürzzuschlag, ist an den Landes-Ausschuß die Bitte ergangen um eine Gnadengabe, um einen Unterstützungsbeitrag von einigen Hundert Kronen jährlich. Von Seite des hohen Landtages ist an den Landes-Ausschuß seinerzeit der Auftrag ergangen, über diese Bitte Erhebungen zu pflegen, Bericht zu erstatten und in der nächsten Session Antrag zu stellen.

Der Gatte der Bittstellerin hat in der Zeit vom 1. März 1888 bis 1906 als ordnender Arzt des allgemeinen öffentlichen Krankenhauses in Mürzzuschlag den Dienst zur Zufriedenheit versehen und ist demselben auch mit Rücksicht auf seine langjährige Tätigkeit ein Unterstützungsbeitrag von 700 K seinerzeit zuerkannt worden. Diesen Unterstützungsbeitrag hat derselbe aber nicht in Anspruch genommen. Am 24. Dezember 1907 ist nun der Arzt Dr. Hans Ertl an Gehirnschlag verschieden. Da nun dessen Witwe ohne Hilfe, ohne Pension und ohne sonstiges Vermögen dagestanden ist, hat sich dieselbe um Gewährung einer Witwenpension, beziehungsweise einer Gnadengabe an den hohen Landtag gewendet.



Der Landes-Ausschuß hat, wie bereits erwähnt, Erhebungen gepflogen und wir im Finanz-Ausschusse haben den Antrag des Landes-Ausschusses einer eingehenden Beratung unterzogen und sind zu dem Entschlusse gekommen, im hohen Hause den Antrag einzubringen, der dahin geht (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Karoline Ertl, Witwe nach dem gewesenen ordinierenden Arzte am allgemeinen öffentlichen Krankenhause Würzzuschlag, Dr. Hans Ertl, wird vom 1. Jänner 1908 angefangen eine Gnadenpension im Betrage von jährlich 600 K bewilligt.

Von dem bereits fälligen Betrage ist der an die Genannte bereits ausgefolgte Unterstützungsbetrag von 300 K in Abzug zu bringen“, und bitte ich den hohen Landtag um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 31, über die demselben in der IV. Session der IX. Landtagsperiode zugewiesenen Petitionen:

- a) Nr. 577 der Oberlehrerswitwe Marie Baeck in Graz, um einen erhöhten Erziehungsbeitrag;
- b) Nr. 621 des Ludwig Heinisser, Hilfslehrers in Vorberg, um Gewährung einer Gnadenpension;
- c) Nr. 631 des Heinrich Hribernig, Schulleiters in Ober-Metschitz, um Dienstzeitanrechnung;
- d) Nr. 315 der Lina Rosenberg, definitiven Lehrerin in St. Ulrich i. G., um Dienstzeiteinrechnung;
- e) Nr. 737 des Rudolf Schmidt, Oberlehrers i. N. in Eisbach, um Anerkennung der vor dem Jahre 1871 an der Volksschule in Pruggern zugebrachten Dienstzeit für die Pension;
- f) Nr. 551 des Lukas Graße, Lehrers in Gams, um Dienstzeiteinrechnung;
- g) Nr. 560 des Johann Rupnik, Oberlehrers i. N. in Gillsi, um Zuerkennung des vollen Pensionsbezuges ab 1. Oktober 1903;
- h) Nr. 829 des May Kovač, definitiven Fachlehrers an der Knabenbürgerschule

### in Marburg, um Dienstzeitanrechnung und Zuerkennung der Dienstalterszulagen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Erber, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses **Erber** (von der Tribüne): Hoher Landtag! In der Sitzung vom 5. November 1908 hat der hohe Landtag die Petitionen Nr. 577, 621, 631, 315, 737, 551, 560 und 829 dem Landes-Ausschusse zur Erhebung und Berichterstattung in der nächsten Session zugewiesen.

Der Landes-Ausschuß hat sich mit dem Gegenstande eingehend befaßt, die einzelnen Erhebungen gepflogen und ist zu nachstehendem Antrage gekommen, den ich dem hohen Hause zur Annahme empfehle (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

a) Die Petition Nr. 577 der Oberlehrerswitwe Marie Baeck in Graz um einen erhöhten Erziehungsbeitrag wird abgewiesen, der Genannten jedoch eine jährliche Gnadengabe von 200 K für die Jahre 1909, 1910 und 1911 gewährt;

b) dem Hilfslehrer Ludwig Heinisser in Vorberg wird vom Zeitpunkte seiner Enthebung vom Schuldienste eine jährliche Gnadenpension von 800 K auf Lebensdauer gewährt;

c) dem definitiven Lehrer und Schulleiter Heinrich Hribernig in Ober-Metschitz wird die vom 15. November 1873 bis zur Erwerbung des Lehrbefähigungszugriffes (9. November 1897) zugebrachte Dienstzeit für die Erlangung der Dienstalterszulagen zu einem Dritteile und für die feinerzeitige Bemessung des Ruhegehaltes zu zwei Dritteilen gnadenweise in Anrechnung gebracht;

d) der definitiven Lehrerin Lina Rosenberg in St. Ulrich i. G. wird die vom 1. Dezember 1896 bis 1. November 1897 an einer Privat-Volksschule mit Öffentlichkeitsrecht in Graz zugebrachte Dienstzeit für die Zuerkennung der Gehaltsstufen, Dienstalterszulagen und die feinerzeitige Berechnung der Pension gnadenweise angerechnet;

e) dem Oberlehrer i. N. Rudolf Schmidt in Eisbach wird die vor dem Jahre 1871 an der Volksschule in Pruggern zurückgelegte Dienstzeit so angerechnet, daß demselben die volle Pension gewährt wird;

f) dem Lehrer Lukas Graße in Gams wird die Anrechenbarkeit der vom 1. Dezember 1877 bis zum 30. April 1882 zugebrachten Dienstzeit für die Pensionsbemessung gewährt;



g) dem Oberlehrer i. R. Johann Kupnik in Cilli wird ausnahms- und gnadenweise die volle Pension ab 1. Oktober 1909 gewährt;

h) dem Fachlehrer an der Knaben-Bürger Schule in Marburg, Mag Kováč, wird die an der Privat-Volksschule der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft in Marburg zugebrachte Dienstzeit vom 1. April 1901 bis 23. Februar 1908 so angerechnet, als ob derselbe im öffentlichen Schuldienste gestanden wäre, falls der Bittsteller die zu Gunsten des Schullehrer-Pensionsfondes fälligen Beiträge nachzahlt."

Ich empfehle diesen Antrag dem hohen Hause zur Annahme.

Abg. v. Ritter-Zahony (G.-G.-B.): Ich beantrage, die En bloc-Annahme der soeben gehörten Anträge zu diesen Petitionen.

**Landeshauptmann:** Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen. Der Herr Abgeordnete v. Ritter-Zahony hat den Antrag gestellt, es möge über die vom Herrn Berichterstatter bekanntgegebenen, in Beilage Nr. 31 in Druck vorliegenden Anträge unter römisch a bis einschließlich römisch h die Abstimmung unter einem eingeleitet werden. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn kein Protest gegen diese Art der Abstimmung erhoben wird, so werde ich so vorgehen, wie es der Herr Abgeordnete v. Ritter-Zahony vorgeschlagen hat. Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Anträge des Ausschusses, wie diese in Beilage Nr. 31 in Druck vorliegen, a—h, annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Die Anträge sind angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 68, betreffend die Systemisierung einer Konzipistenstelle in der IX. Rangsklasse im statistischen Landesamte unter Auflassung einer Konzipistenstelle der X. Rangsklasse.**

Berichterstatter ist der Obmann des Finanz-Ausschusses, Herr Abgeordneter Freiherr v. Kellersperg, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Freiherr von Kellersperg (von der Tribüne): Hoher Landtag! In Erwägung und voller Würdigung der in Beilage Nr. 68, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Aus-

schusses, betreffend die Systemisierung einer Konzipistenstelle in der IX. Rangsklasse im statistischen Landesamte unter Auflassung einer Konzipistenstelle der X. Rangsklasse, vom Landes-Ausschusse angeführten Gründe stellt der Finanz-Ausschuß den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die eine von den zwei bereits systemisierten Konzipistenstellen des statistischen Landesamtes wird von der X. in die IX. Rangsklasse eingereiht.“  
Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag des Finanz-Ausschusses wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 8, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Sopote im Gerichtsbezirke Drachenburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 165 Prozent im Jahre 1909.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Benkovič, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Dr. Benkovič (von der Tribüne): Hoher Landtag! Die Ortsgemeinde Sopote im Gerichtsbezirke Drachenburg benötigt zur Weiterführung des Gemeindehaushaltes eine Umlage von 165 Prozent. Der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten hat den Bericht des Landes-Ausschusses geprüft und hat gefunden, daß alle gesetzlichen Formalitäten erfüllt sind und beantragt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Sopote im Gerichtsbezirke Drachenburg wird zur Deckung der Gemeinde-Erfordernisse für das Jahr 1909 zu der ihr bereits vom Landes-Ausschusse zur Einhebung bewilligten 150prozentigen noch die Einhebung einer 15prozentigen, zusammen daher einer 165prozentigen Gemeindeumlage auf sämtliche in der Gemeinde vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer bewilligt.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der



**mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 10, über das Ansuchen der Marktgemeinde Obdach im gleichnamigen Gerichtsbezirke um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 180 Prozent im Jahre 1909.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kunz, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Kunz (von der Tribüne): Hoher Landtag! Die Landtags-Beilage Nr. 10 wurde dem Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten zur Beratung und Antragstellung überwiesen. Sie betrifft das Ansuchen der Marktgemeinde Obdach im gleichnamigen Gerichtsbezirke um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 180 Prozent im Jahre 1909.

Nach dem Berichte der Gemeinde beträgt das Erfordernis 10.245 K 60 h, welchem Einnahmen von 2070 K 45 h gegenüberstehen; der Abgang beträgt sohin 8175 K 15 h.

Die Bedeckung kommt bei Berücksichtigung des Steuerjahres nur dann zuwege, wenn 180 Prozent Umlagen eingehoben werden.

Wie aus dem Berichte des Landes-Ausschusses zu entnehmen ist, beziehen sich die meisten Ausgabeposten auf allgemeine Verwaltungskosten, Straßenauslagen und Auslagen für Wasserbauten und endlich auf Armenlasten.

Der Landes-Ausschuß empfiehlt in seinem Berichte die Willfährung des Ansuchens, indem er sagt, daß die genannte Gemeinde der erbetenen Umlage zur Fortführung des Gemeindehaushaltes bedarf.

Der Landes-Ausschuß hat im Grunde des § 1 des Gesetzes vom 10. Oktober 1905, L.-G.-Bl. Nr. 105, der Marktgemeinde Obdach für das Jahr 1909 vorläufig die Einhebung einer 150prozentigen Gemeindeumlage bewilligt.

Der Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten, welcher mit dem Antrage des Landes-Ausschusses gleichlautend ist, geht dahin (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Marktgemeinde Obdach im gleichnamigen Gerichtsbezirke wird zur Deckung der Gemeinde-Erfordernisse für das Jahr 1909 zu der ihr bereits vom Landes-Ausschusse zur Einhebung bewilligten 150prozentigen noch die Einhebung einer 30pro-

zentigen, zusammen daher einer 180prozentigen Gemeindeumlage auf sämtliche in der Gemeinde vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer bewilligt.“ Ich empfehle die Annahme des Antrages.

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 11, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Wierstein im Gerichtsbezirke Drachenburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 154 Prozent im Jahre 1909.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Benkovič, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Dr. Benkovič (von der Tribüne): Hoher Landtag! Die Ortsgemeinde Wierstein im Gerichtsbezirke Drachenburg benötigt zur Fortführung des Gemeindehaushaltes die Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 154 Prozent auf sämtliche in der Gemeinde vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer. Der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten hat den Bericht des Landes-Ausschusses eingehend geprüft, die gesetzlichen Voraussetzungen für zutreffend erachtet und schlägt vor (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Wierstein im Gerichtsbezirke Drachenburg wird zur Deckung der Gemeinde-Erfordernisse für das Jahr 1909 zu der ihr bereits vom Landes-Ausschusse zur Einhebung bewilligten 150prozentigen noch die Einhebung einer 4prozentigen, zusammen daher einer 154prozentigen Gemeindeumlage auf sämtliche in der Gemeinde vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer bewilligt.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des**



**steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 18, über das Ansuchen der Gemeinde Rothleiten im Gerichtsbezirke Frohnleiten um Bewilligung zur Einhebung der Musiklizenzgebühren im erhöhten Ausmaße.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gölles, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Gölles (von der Tribüne): Hoher Landtag! Der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten hat über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Gemeinde Rothleiten im Gerichtsbezirke Frohnleiten um Bewilligung zur Einhebung der Musiklizenzgebühren im erhöhten Ausmaße mich zum Referenten bestimmt. Ich möchte nur einzelne Punkte hervorheben, warum die Gemeinde Rothleiten genötigt war, um die Erhöhung der Musiklizenzgebühren einzuschreiten.

Aus den vom Gemeinderate Rothleiten vorgelegten Nachweisungen ergibt sich, daß zur Bedeckung der Abgänge des Ortsarmenfonds im Jahre 1905 ein Zuschuß aus der Gemeindefasse von rund 1750 K, im Jahre 1906 ein solcher von rund 2790 K und im Jahre 1907 von 2902 K erforderlich war, weshalb eine Erhöhung der bezeichneten Gebühren gerechtfertigt erscheint.

Die Formalitäten sind voll und ganz erfüllt und es geht daher der Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten, gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses, dahin (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Rothleiten im Gerichtsbezirke Frohnleiten wird die Bewilligung erteilt, zu der zufolge Kundmachung der k. k. steiermärkischen Statthalterei vom 16. November 1864, L.-G. und W.-Bl. Nr. 3 ex 1865, zu Gunsten des Ortsarmenfonds zu entrichtenden Musiklizenzgebühr von 53 h eine Mehrgebühr von 1 K 47 h, zusammen daher eine Gebühr von 2 K für jede in der Ortsgemeinde Rothleiten erteilte Musiklizenz vom Tage der Kundmachung der Allerhöchsten Genehmigung dieses Landtagsbeschlusses bis Ende des Jahres 1912 einzuheben.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage**

**Nr. 22, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Globoko im Gerichtsbezirke Rann um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 158 Prozent im Jahre 1909.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Benkovič, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Dr. Benkovič (von der Tribüne): Hoher Landtag! Die Gemeinde Globoko im Gerichtsbezirke Rann benötigt zur Weiterführung des Gemeindehaushaltes die Einhebung einer 158prozentigen Gemeindeumlage.

Der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten hat den Bericht des Landes-Ausschusses geprüft und hat gefunden, daß alle gesetzlichen Formalitäten zutreffen, weshalb beantragt wird und weswegen ich bitte, der hohe Landtag wolle den mit dem Antrage des Landes-Ausschusses gleichlautenden Antrag des Gemeinde-Ausschusses annehmen.

**Landeshauptmann:** Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Globoko im Gerichtsbezirke Rann wird zur Deckung der Gemeinde-Erfordernisse für das Jahr 1909 zu der ihr bereits vom Landes-Ausschusse zur Einhebung bewilligten 150prozentigen noch die Einhebung einer 8prozentigen, zusammen daher einer 158prozentigen Gemeindeumlage auf sämtliche in der Gemeinde vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer bewilligt.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 24, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Hochregist im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 190 Prozent im Jahre 1909.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Gölles, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Gölles (von der Tribüne):



Hoher Landtag! Die Gemeinde Hochregist im Gerichtsbezirke Voitsberg hat um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 190 Prozent für das Jahr 1909 angefragt.

Das Erfordernis der Gemeinde Hochregist für das Jahr 1909 beträgt . . . . . 9540 K 18 h, dagegen die Gesamteinnahmen der Gemeinde nur . . . . . 30 " — " es ergibt sich daher ein zu deckender Abgang von . . . . . 9510 K 18 h.

Ich habe den Akt genau durchgeprüft und gesehen, daß diese Mehrbelastung durch Schulhauskostenbeiträge per 2876 K 57 h, ferner durch einen Zuschuß der Gemeindefasse zum Ortsarmenfond per 1522 K, weiters durch die Kosten der allgemeinen Verwaltung im Betrage von 812 K und endlich durch die Straßenauslagen im Betrage von 600 K bedingt wird.

Der Antrag des Sonder-Ausschusses lautet gleich dem Antrage des Landes-Ausschusses, welcher dahin geht (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Hochregist im Gerichtsbezirke Voitsberg wird zur Deckung der Gemeinde-Erfordernisse für das Jahr 1909 zu der ihr bereits vom Landes-Ausschusse zur Einhebung bewilligten 150prozentigen noch die Einhebung einer 40prozentigen, zusammen daher einer 190prozentigen Gemeindeumlage auf sämtliche in der Gemeinde vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer bewilligt.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 30, über das Ansuchen des Bezirkes Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 75 Prozent für das Jahr 1909.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riegler, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Riegler (von der Tribüne): Hoher Landtag! Ich habe die Ehre zu berichten über den Beschluß des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-

Angelegenheiten hinsichtlich des Ansuchens des Bezirkes Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 75 Prozent für das Jahr 1909.

Der Antrag, den der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten dem hohen Landtage zur Beschlußfassung empfiehlt, ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Eines aber mögen mir die Herren bei dieser Gelegenheit zu bemerken erlauben. Wenn Sie den Bericht des Landes-Ausschusses zur Hand nehmen, so werden Sie finden, daß der Bezirk Murau für die Erhaltung der Straßen einen Betrag von 51.048 K 72 h aufzuwenden hat, und zwar für das laufende Jahr. Die Steuerleistung dieses Bezirkes beträgt rund 60.000 K und demnach sind die Erfordernisse für die Straßenerhaltung im Bezirke selbst nahezu so hoch wie die Steuerleistung. Deshalb möchte ich heute schon dem hohen Hause empfehlen, diese Angelegenheit in Erwägung zu ziehen, daß es sich bei der Beratung der Landtagsbeilage Nr. 20 um eine Subventionierung der einzelnen Bezirke zum Zwecke der Straßenerhaltung handeln wird.

Ich empfehle dem hohen Landtage den im Druck vorliegenden Antrag zur Annahme.

**Landeshauptmann:** Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Bezirke Murau wird zur Deckung der Bezirks-Erfordernisse für das Jahr 1909 zu der ihm vom Landes-Ausschusse einverständlich mit der k. k. Statthalterei zur Einhebung bewilligten 70prozentigen noch die Einhebung einer 5prozentigen, zusammen daher einer 75prozentigen Bezirksumlage auf sämtliche im Bezirke Murau vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer bewilligt.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 51, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Preditz im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1909.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riegler, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.



Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten **Niegler** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Die Ortsgemeinde Predlitz im Gerichtsbezirke Murau hat für das Jahr 1909 zur Deckung ihrer Erfordernisse die Einhebung einer 160prozentigen Umlage notwendig.

Das Erfordernis stellt sich auf 7621 K, dem sonderbarerweise an Einnahmen nichts gegenübersteht.

Der Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses und ich empfehle denselben dem hohen Hause zur Annahme.

**Landeshauptmann:** Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Predlitz im Gerichtsbezirke Murau wird zur Deckung der Gemeinde-Erfordernisse für das Jahr 1909 zu der ihr bereits vom Landes-Ausschusse zur Einhebung bewilligten 150prozentigen noch die Einhebung einer 10prozentigen, zusammen daher einer 160prozentigen Gemeindeumlage auf sämtliche in der Gemeinde vorgeschriebenen direkten landesfürstlichen Steuern mit Ausnahme der Personaleinkommensteuer bewilligt.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 111, über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um die Bewilligung zur Forteinhebung der zweiprozentigen Gemeindeumlage auf die in der Stadt Graz zur Einhebung gelangenden Mietzinse.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Freiherr Fraydt v. Fraydenegg, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Freiherr **Fraydt v. Fraydenegg** (von der Tribüne): Hohes Haus! Namens des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten habe ich die Ehre zu berichten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um die Bewilligung zur Forteinhebung der zweiprozentigen Gemeindeumlage auf die in der Stadt Graz zur Einhebung gelangenden Mietzinse.

Der Stadtgemeinde Graz ist die Einhebung einer zweiprozentigen Umlage auf die Mietzinse seit dem Jahre 1898 stets auf drei Jahre vom hohen Landtage bewilligt worden, also nunmehr schon durch zwölf aufeinanderfolgende Jahre. Die letzte mit Landtags-Beschluß vom 28. Dezember 1906 erteilte dreijährige Frist läuft mit 31. März 1910 ab.

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz hat mit qualifizierter Mehrheit im Sinne des § 47i des Gemeindestatutes (mit 33 von 36 Stimmen) am 26. März 1909 um die Bewilligung der Forteinhebung dieser Gemeindeumlage auf weitere drei Jahre, das ist bis 31. März 1913, gebeten.

Zur Begründung führt der Stadtrat an, daß trotz der Einstellung des bezüglichen Erträgnisses von 355.600 K in den Gemeinde-Voranschlag noch immer ein unbedeckter Abgang von 448.429 K resultiert.

Es ist daher die Notwendigkeit der Weitereinhebung dieser Abgabe erwiesen und stellt sonach der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten im Einklange mit dem Antrage des Landes-Ausschusses den nachstehenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Stadtgemeinde Graz wird die Bewilligung erteilt, eine zweiprozentige Gemeindeumlage von dem Mietzinse unter denselben Modalitäten und zugleich mit den von der Gemeinde auf den Mietzins in Vorschreibung gebrachten Zinshellern auf die Dauer von drei Jahren vom 1. April 1910 angefangen einzuheben.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 115, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Niklasdorf im Gerichtsbezirke Leoben um Bewilligung zur Einhebung einer Musiklizenzzgebühr im erhöhten Betrage von 4 Kronen.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter v. **Mayer-Melnhof**, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten v. **Mayer-Melnhof** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Ich habe die Ehre zu berichten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 115, über das Ansuchen der



Ortsgemeinde Niklasdorf im Gerichtsbezirke Leoben um Bewilligung zur Einhebung einer Musiklizenzgebühr im erhöhten Betrage von vier Kronen.

Der Gemeinde-Ausschuß der Gemeinde Niklasdorf im Gerichtsbezirke Leoben hat in seiner Sitzung am 26. November 1908 den Beschluß gefaßt, in den Jahren 1910, 1911 und 1912 die Musiklizenzgebühr von 53 Hellern auf vier Kronen zu erhöhen. Dieser Beschluß wurde mit Kundmachung vom 28. November 1908 verlautbart, ohne daß Einwendungen erhoben worden wären.

Zur Begründung dieses Beschlusses wird angeführt, daß infolge der vielen Tanzmusiken die Leute ihr Geld vergeuden und den nächsten Tag zur Dienstleistung nicht fähig sind. Andererseits kann von Seite der Gemeindevorsteher mit der Erteilung der Erlaubnis nicht zurückgehalten werden, weil sich sonst die Gemeindevorsteher mit den Parteien verfeinden.

Die weitere Begründung dieses Antrages ist die, daß der Gemeinde ein Fond für Armenwesen geschaffen werden soll, welchem Fond diese Mehrbeträge zugewendet werden. Dieser Fond ist sehr notwendig, da Niklasdorf ein Industrieort ist. In einem Industrieorte sind aber sehr viel Arbeiter beschäftigt, welche dann das Heimatrecht erwerben und die Vorteile desselben genießen wollen. Wenn die Industrie zurückgeht, so fallen diese der Gemeinde zur Last. Es ist daher notwendig, daß die Gemeinde sich einen gewissen Fond sichert.

Ich stelle gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ortsgemeinde Niklasdorf im Gerichtsbezirke Leoben wird die Bewilligung erteilt, eine Mehrgebühr von 3 K 47 h zu der gesetzlich einzuhebenden, in den Armenfond fließenden Musiklizenzgebühr von 53 h, zusammen daher eine Gebühr von 4 K für jede in der Gemeinde erteilte Musiklizenz vom 1. Jänner 1910, beziehungsweise im Falle als die Kundmachung der Allerhöchsten Genehmigung dieses Landtagsbeschlusses in einem späteren Zeitpunkte erfolgt, vom Kundmachungstage an bis Ende des Jahres 1912 einzuheben.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 116, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Befreiung der in der Gemeinde Spital

### am Semmering ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Gemeindeumlage auf die Hauszinssteuer.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Werba**, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter das Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten **Werba** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Ich habe die Ehre zu berichten namens des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 116, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Befreiung der in der Gemeinde Spital am Semmering ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Gemeindeumlage auf die Hauszinssteuer.

Die Gemeinde Spital sucht an um die Befreiung der Umlagen auf die Hauszinssteuer ihrer Neu-, Um- und Zubauten auf zehn Jahre, das ist für die Jahre 1909 bis einschließlich 1918, und begründet diese Befreiung sehr richtig damit, daß sie sagt, nur dadurch ist es möglich, den Fremdenverkehr zu heben, daß man gesunde und entsprechende Wohnungen baut. Das ist tatsächlich der Fall. Spital ist ein sehr beliebter Ausflugsort und durch Umlagenbefreiung kann man erreichen, daß alte Häuser umgebaut und viele neugebaut werden. Die gesetzlichen Bestimmungen hat die Gemeinde in jeder Beziehung erfüllt und dadurch, daß sie anführt, daß alle Nachbarorte dasselbe getan haben, beweist sie, daß sie ihr Recht und ihren Vorteil findet, wenn sie auch das macht und um die Umlagenbefreiung ansucht. Von diesem Gesichtspunkte hat der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten sich bestimmt gefunden, den gleichen Antrag wie der Landes-Ausschuß zu stellen, welcher lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle dem nachstehenden Gesetzentwurfe seine Zustimmung geben.“

**Landeshauptmann:** Wünschen die Herren die Verlesung des Gesetzentwurfes? (Rufe: „Nein!“) Wenn das nicht der Fall ist, so stelle ich den Antrag des Herrn Berichterstatters in Verhandlung. Wünscht jemand im allgemeinen das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist das nicht der Fall. — Zu § 1?, zu § 2?, zu § 3?, zu § 4?, zu § 5?, zu § 6?, § 7?, zu Titel und Eingang des Gesetzes? (Nach einer Pause:) Wenn sich keiner der Herren bei der Einzelberatung der Bestimmungen des Gesetzentwurfes zum Worte gemeldet hat, so glaube ich, den gesamten Gesetzentwurf samt Titel und Eingang, wie er in Beilage Nr. 116 in Druck vorliegt, unter einem zur Abstimmung stellen zu können. (Nach einer Pause:) Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich ersuche



diejenigen Herren, welche nach Antrag des Herrn Referenten den Gesekentwurf, betreffend die Befreiung der in der Gemeinde Spital am Semmering ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Gemeindeumlage auf die Hauszinssteuer, wie er in Beilage Nr. 116 in Druck vorliegt, annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben (Geschicht). Der Gesekentwurf ist angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über das Ansuchen des k. k. Bezirksgerichtes Cilli, Abteilung VI, U VI 446/9/7, vom 25. September 1909 um die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtags-Abgeordneten Dr. Johann (Jvan) Benkovič ob Übertretung der §§ 4 und 19 des Gesetzes vom 15. November 1867, Nr. 135 R.-G.-Bl., über das Versammlungsrecht.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter v. **Mayr-Melnhof**, dem ich das Wort erteile und den ich er suche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten v. **Mayr-Melnhof** (von der Tribüne): Hohes Haus! Ich habe die Ehre zu berichten über den mündlichen Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über das Ansuchen des k. k. Bezirksgerichtes Cilli, Abteilung VI, U VI 446/9/7, vom 25. September 1909 um die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtags-Abgeordneten Dr. Johann (Jvan) Benkovič ob Übertretung der §§ 4 und 19 des Gesetzes vom 15. November 1867, Nr. 135 R.-G.-Bl., über das Versammlungsrecht.

Ich möchte in kurzem den Sachverhalt darlegen:

In der Gemeinde St. Jakob wurde vom Pfarrer und vom Gemeindevorsteher anlässlich der Landtagswahl eine Wählerversammlung einberufen, und zwar in einem geschlossenen Lokal. Nachdem dieses Lokal zu klein war, so haben die betreffenden Wähler sich ins Freie begeben und es hat Herr Abgeordneter Dr. Benkovič auch gesprochen unter freiem Himmel und deswegen wurde er ob Übertretung der §§ 4 und 19 des Gesetzes vom 15. November 1867, Nr. 135 R.-G.-Bl., über das Versammlungsrecht, zur Verantwortung gezogen.

Der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, hat gefunden, daß es ein rein politisches Vergehen sei, und hat die Nichtauslieferung beschlossen.

Ich stelle daher den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Ansuchen des k. k. Bezirksgerichtes Cilli, Abteilung VI, U VI 446/9/7, vom 25. September 1909 um die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtags-Abgeordneten Doktor Johann (Jvan) Benkovič ob Übertretung der §§ 4 und 19 des Gesetzes vom 15. November 1867, Nr. 135 R.-G.-Bl., über das Versammlungsrecht, wird keine Folge gegeben.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des Finanz-Ausschusses über Petitionen, und zwar Verzeichnis Nr. 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 und 14, dann zu Punkt 30 der Tagesordnung, das ist der**

**Bericht des Petitions-Ausschusses über Petitionen, und zwar zu Verzeichnis Nr. 2 und 3.**

Zur Geschäftsbehandlung hinsichtlich des Punktes 29 der Tagesordnung hat sich Herr Abgeordneter Freiherr v. **Kellersperg** zum Worte gemeldet.

Ich erteile ihm dasselbe.

**Abg. Freiherr v. Kellersperg (G.-G.-B.):** Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, daß die unter Punkt 29 der Tagesordnung enthaltenen Berichte des Finanz-Ausschusses über Petitionen dem üblichen abgekürzten Verfahren unterzogen werden und mit dem gewöhnlichen Vorbehalte nach den Anträgen des Ausschusses als angenommen zu betrachten sind. Ich beantrage die En bloc-Aannahme dieser Petitionen.

Zu Punkt 30 der Tagesordnung stelle ich den gleichen Antrag.

**Landeshauptmann:** Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Kellersperg hat den Antrag gestellt, daß die Punkte 29 und 30 der Tagesordnung gemeinsam verhandelt werden und hat bekanntgegeben, daß in früheren Tagungen des hohen Hauses es üblich war, die Anträge der Ausschüsse hinsichtlich der Petitionen der En bloc-Aannahme zu unterziehen, das heißt, daß alle jene Anträge der Ausschüsse zu einzelnen Petitionen, hinsichtlich welcher nicht ein Herr Abgeordneter einen Wunsch über besondere Behandlung zur Ausführung gebracht hat, unter einem genehmigt werden sollen. Ist hinsichtlich der beantragten Vereinigung der beiden Punkte der Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn nicht, so nehme ich an, daß die Herren die gemeinsame Behandlung dieser beiden Punkte der Tagesordnung gestattet haben.



Ist hinsichtlich der En bloc-Akzeptanz dieser Berichte der Ausschüsse zu den bekanntgegebenen Petitionen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn das nicht der Fall ist, so ersuche ich diejenigen Herren, welche zu einer der in diesen aufgerufenen Verzeichnissen, wie sie in der Tagesordnung unter Punkt 29 und 30 verzeichnet sind, enthaltenen Petitionen das Wort nehmen wollen, mir das bekanntzugeben. (Nach einer Pause:) Es meldet sich niemand zu den einzelnen Anträgen der Ausschüsse, wie sie in diesen Petitionsverzeichnissen vorliegen, zum Worte. Ich schreite daher zur Abstimmung und ersuche diejenigen Herren, welche den Anträgen der Ausschüsse, wie sie in den unter Punkt 29 der Tagesordnung aufgelegten Petitionsverzeichnissen Nr. 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 und 14, dann unter Punkt 30 der Tagesordnung in den Verzeichnissen Nr. 2 und 3 niedergelegt sind, ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge der Ausschüsse zu diesen Petitionen sind genehmigt.

Zur Geschäftsbehandlung hat sich Herr Abgeordneter Capra zum Worte gemeldet.

Ich erteile ihm dasselbe.

Abg. **Capra** (H.-R. Leoben): Hohes Haus! Ich erlaube mir, einen mehrseitig geäußerten Wunsch dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß ich den Antrag stelle und an Seine Excellenz den Herrn Landeshauptmann die Bitte richte, die Sitzung behufs Einschaltung einer Mittagspause unterbrechen zu wollen.

**Landeshauptmann:** Es hat sich weiters Herr Abgeordneter Größwang zum Worte gemeldet.

Ich erteile ihm dasselbe.

Abg. **Größwang** (M.-G. Liezen): Meine sehr verehrten Herren! Gestatten Sie mir die Anfrage an den Herrn Obmann des Finanz-Ausschusses, wie weit die Arbeiten im Finanz-Ausschusse hinsichtlich der Beratung des Voranschlages gediehen sind und wie der Finanz-Ausschuß sich die Weitergestaltung der finanzpolitischen Lage im Lande denkt.

**Landeshauptmann:** Ich werde zuerst die Frage zur Austragung bringen, ob das hohe Haus gewillt ist, behufs einer Mittagspause eine Unterbrechung der Sitzung eintreten zu lassen, und werde, wenn das Haus sich für die Unterbrechung der Sitzung ausspricht, dem Herrn Obmann des Finanz-Ausschusses zur Beantwortung der an ihn gerichteten Anfrage das Wort erteilen und bitten, daß mir gestattet werde, einige Angelegenheiten des Präsidiums, Verlesung von Anträgen und Interpellationen, vor Ausspruch der Unterbrechung der Sitzung

durchführen zu dürfen. Unter dieser Voraussetzung werde ich mir erlauben, das hohe Haus zu befragen, ob es, dem Antrage des Herrn Abgeordneten Capra entsprechend, die Unterbrechung der Sitzung in Aussicht zu nehmen wünscht. Ich würde die Unterbrechung dann für die Zeit von jetzt bis 4 Uhr nachmittags in Vorschlag bringen.

Abg. **Einspinner** (H.-R. Graz): Ich erlaube mir darauf zu bemerken, daß heute nachmittags die Handelskammer eine Plenarsitzung abhält und sehr wichtige Agenden auf der Tagesordnung derselben stehen und nachdem eine große Anzahl, ich glaube es sind sieben oder acht Mitglieder, der Handels- und Gewerbekammer angehören, so möchte ich bitten, den Beginn der nachmittägigen Sitzung zu verschieben, etwa bis auf 6 Uhr. (Rufe: „Zu spät!“)

Abg. Dr. **Berstovšek** (L.-G. Windischgraz): Da ich sehe, daß sogar bei der Mehrheit keine Einigkeit herrscht, beantrage ich, daß die Sitzung fortgesetzt werde, damit wir mit dem Material fertig werden.

**Landeshauptmann:** Diejenigen Herren, die Ihrer Ansicht sind, werden dem Antrage auf Unterbrechung nicht zustimmen. Wünscht noch jemand zu sprechen? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall. Ich ersuche diejenigen Herren, welche nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Capra nunmehr eine Unterbrechung der Sitzung eingeleitet wissen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit, die sich für die Unterbrechung ausspricht.

Seitens des Herrn Abgeordneten Größwang wurde eine Anfrage an den Herrn Obmann des Finanz-Ausschusses gerichtet. Er ist im Hause anwesend und wünscht das Wort zu nehmen zur Beantwortung der Anfrage. Ich erteile ihm dasselbe.

Obmann des Finanz-Ausschusses Freiherr v. **Kellerberg:** Hohes Haus! In Beantwortung der an mich als Obmann des Finanz-Ausschusses ergangenen Anfrage erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Es wurde im Finanz-Ausschusse eine Anzahl von Petitionen, Vorlagen und Kapiteln des Rechenschaftsberichtes wie des Voranschlages erledigt, wobei zu wiederholtenmalen die außerordentliche Unsicherheit über die Art der Beschaffung einer Bedeckung zum Ausdruck gelangt ist.

Bezüglich der Finanzpolitik des Landes ist der Finanz-Ausschuß nach Anhörung des Berichtes über den Stand der Landesfinanzen von Seite des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Dr. **Link** zu einer einmütigen Anschauung gelangt, daß die derzeitige Finanzlage eine gänzlich unhaltbare ist (Rufe: „So ist es!“) und daß



die jüngst geäußerten Vorschläge der Regierung in keiner Weise geeignet erscheinen, auch nur vorläufig den laufenden Bedarf zu decken, geschweige denn, daß sie geeignet wären, auch nur annähernd eine Sanierung der Landesfinanzen anzubahnen. (Abg. W a s t i a n: „Das sind nur Frozeleien!“) Im Finanz-Ausschusse kam auch die schwere Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß der seit dem Jahre 1896 angekündigte und immer wieder versprochene Finanzplan der Regierung, der den Ländern eine wesentliche Veränderung ihrer finanzpolitischen Grundlagen hätte bringen sollen, nach den letzten Mitteilungen in nichts weiter als in der unglaublichen Zumutung besteht, die von der Regierung als nicht durchführbar erkannte Bierauflageerhöhung den Ländern zu überlassen. (Rufe: „Unerhört!“ — Abg. R o b i č: „Das ist aber Ihre Regierung!“ — Abg. Dr. B e n k o v i č: „Das ist die Regierung Biehnert-Hochenburger!“)

Diese Anschauungen hat der Finanz-Ausschuß auch dem Landes-Ausschuß mitgeteilt und ihn gleichzeitig aufgefordert, hievon der Regierung in der eindringlichsten Form Mitteilung zu machen.

Mit diesen Worten glaube ich die Anfrage des Herrn Abgeordneten G r ö ß w a n g genügend beantwortet zu haben. (Lebhafter Beifall.)

**Landeshauptmann:** Ich werde nun die Herren Schriftführer bitten, die eingelangten Anträge und Interpellationen zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

#### Antrag

der Abgeordneten W a s t i a n, Dr. v. H o f m a n n und Genossen, betreffend die Ausgestaltung der k. k. Prüfungskommission für allgemeine Volksschulen und für Bürgerschulen in Marburg a. d. D.

Zu den Lehrbefähigungsprüfungen an der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Marburg meldet sich alljährlich eine so bedeutende Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen, daß diese Prüfungen jedesmal eine ungewöhnlich lange Zeit beanspruchen. Abgesehen von der unliebsamen, die Erfolge ungünstig beeinflussenden Störung des Unterrichtsbetriebes an den in Betracht kommenden Schulen und Anstalten, wird diese lange Prüfungszeit von den zum Lehrbefähigungsnachweise sich meldenden Lehrpersonen hart empfunden, weil der längere Aufenthalt in der Stadt beträchtliche Geldopfer fordert, die von den Lehrpersonen bei der geringen Remuneration von 840 K jährlich nur sehr schwer oder gar nicht aufgebracht werden können. Es kommt tatsächlich nicht selten vor, daß die Kostenfrage das Hinder-

nis für die rechtzeitige Ablegung der Lehrbefähigungsprüfung bildet. Die k. k. Prüfungskommission für allgemeine Volksschulen und für Bürgerschulen in Graz besteht aus einem Direktor, vier Direktorstellvertretern und 27 Kommissionsmitgliedern, wozu bemerkt sei, daß in Graz und dessen Umgebung eine Lehrerbildungsanstalt und zwei Lehrerinnenbildungsanstalten bestehen, wogegen in Marburg bei derselben Zahl derartiger Bildungsanstalten die oben erwähnte Kommission nur aus einem Direktor, zwei Stellvertretern und neun Mitgliedern zusammengesetzt ist. Schon aus dieser Zusammenstellung ist die Notwendigkeit einer Ausgestaltung der Marburger Kommission durch eine weitere Sektion deutlich zu ersehen. Die Kommission in Marburg besteht außerdem ihrer Mehrheit nach aus Professoren der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Marburg. Da nun ein bedeutender Teil der Prüflinge die Landes-Lehrerinnenbildungsanstalt absolviert hat, erscheint es zweckmäßig, außer dem einen schon ernannten Professor der erwähnten Anstalt auch noch einige andere Professoren dieser Schule in die Prüfungskommission zu berufen, weil es diesen leichter möglich ist, ihre einstigen Zöglinge richtig zu beurteilen.

Die Unterzeichneten stellen demnach den

#### „Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird aufgefordert, mit allem Nachdrucke maßgebendenorts dahin zu wirken, daß eine entsprechende, durch die Verhältnisse wohl begründete Ausgestaltung und Vermehrung der k. k. Prüfungskommission für allgemeine Volksschulen und für Bürgerschulen in der Stadt Marburg durchgeführt werde.“

Graz, am 15. Oktober 1909.

Heinrich W a s t i a n.	Dr. H o f m a n n.
Heinr. W e l i s c h.	Franz M e g e r.
K r a t t e r.	A. K r e b s.
Anton D t t e r.	F o e s t.
Leopold F e j l e r.	M. S t a l l n e r.
Ant. W e r b a.	Karl P f e r s c h.
G r ö ß w a n g.	B. C a p r a.
B. F r a n z.	B r a n d l.
Josef M o s d o r f e r.	Josef W o l f b a u e r.
G e r l i g.	Emil S e d l a c z e k.
F e h r e r.	K a a n.
D e h n e.	A. E i n s p i n n e r.
F. P i c h l e r.	Emil S e i d l e r.
A. L a n g e r.	H. B ü h r l e n.
K. R i e m e l m o s e r.“	



Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Krebs**, **Einspinner** und **Genossen**, betreffend die Errichtung einer Zentralgenossenschaftskasse und ein Darlehen, respektive die Übernahme der Garantie zur Erreichung eines solchen Darlehens für den Zentralverband handwerksmäßiger Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für Steiermark in Graz, r. G. m. b. H. Soher Landtag!

Der genannte Verband, der sich in seiner ein- und einhalbjährigen Tätigkeit bereits zu einem ganz angesehenen Faktor emporgearbeitet hat, liefert den Beweis, wie notwendig die Errichtung einer solchen Institution war. Dem Verbande ist es gelungen, trotz dem Mangel eines eigentlichen Betriebskapitales, den an ihn gestellten Anforderungen zu entsprechen. — Ein Blick auf unsere genossenschaftlichen Vereinigungen zeigt, wie sich diese dringende Notwendigkeit stets und überall äußert; sei es nun ein einzelner Handwerker oder eine genossenschaftliche Vereinigung — Rohstoff-, Produktiv- oder Werksgenossenschaft — so ist, soll ihr Zweck erreicht werden, stets schnelles und billiges Geld am notwendigsten. Alle Erfahrungen auf diesem Gebiete beweisen klar, wie dringend notwendig eine ausgiebige und tatkräftige Unterstützung sei.

Für alle angeführten Interessenten bedeutete es einen lichtvollen Hoffnungsschimmer, als Se. Majestät in Seiner Allerhöchsten Thronrede anlässlich der Eröffnung des Reichsrates die Schaffung einer Zentralgenossenschaftskasse ankündigte.

Se. Exzellenz der Herr Finanzminister hat auch eine diesbezügliche Vorlage dem Reichsrate vorgelegt, welche jedoch noch immer nicht zur Beratung kam.

Die Antragsteller erachten es daher als ihre unbedingte Pflicht, mit dem größtmöglichen Nachdrucke auf die endliche Verwirklichung dieser größten aller Notwendigkeiten hinzuwirken.

Daß die Notwendigkeit bestand, die gewerbliche Kreditorganisation zu errichten, haben alle maßgebenden öffentlichen Faktoren als richtig erkannt und dem Erstehen derselben allgemeines Interesse entgegengebracht. — Es erhellt dies daraus, daß sowohl Staat, Land, Stadt als auch Handels- und Gewerbekammern namhafte Beiträge zur Gründung bewilligten.

Der Verband, welcher seine Tätigkeit damit begann, daß bei jeder sich bietenden Gelegenheit im ganzen Kronlande Vorträge über Kreditorganisation

gehalten wurden, in welchen gleichzeitig das Interesse zur Errichtung solcher Kreditkassen wachgerufen wurde, hat heute bereits eine Reihe von Unterkassen zu verzeichnen, und zwar in Graz, Leibnitz, Marburg a. d. D., Radkersburg, Deutschlandsberg, Rindberg, Würzschlag, Murau und Gleisdorf. Einige von diesen haben sich bereits mit ungeahnter Schnelligkeit entwickelt. — Außer diesen Unterkassen sind ferner eine ganze Reihe von Rohstoff-, Werk- und Produktivgenossenschaften Mitglieder des Verbandes.

Der Verband erzielte, trotz des Umstandes, daß er nur mit seinen und seiner angegliederten Unterkassen und Genossenschaften voll eingezahlten Anteilen von 150.000 K arbeiten konnte, einen Umsatz von über 2.000.000 K. Gewiß ein deutlicher Beweis seiner impulsiven Tätigkeit.

Von den gewährten Subventionen konnten mit Abschluß des ersten Jahres mehr als 11.000 K nach Deckung sämtlicher Gründungs- und Verwaltungskosten der Bildung eines Reservefonds zugeführt werden.

Aus diesen Erfolgen kann man zur Genüge ersehen, daß durch die Schaffung dieser Kreditorganisation unbedingt der richtige Weg zur Hebung und Besserung der sozialen Lage des Handwerkerstandes betreten wurde und daß es nun sowohl Sache des Staates als auch des Landes ist, diesen Weg gangbar machen zu helfen.

Aber nicht allein dieser Umstand hat sich aus der Tätigkeit des Verbandes gezeigt, sondern es wurde auch die Erfahrung gemacht, daß so mancher tüchtige Handwerker dadurch, daß er von der Kreditinstitution geldliche Unterstützung erhielt, seine an ihn gestellten Anforderungen in erhöhtem Maße leisten konnte, wodurch auch sein tatsächliches Können und seine Leistungsfähigkeit zu Tage traten.

Wie aus dem Gefagten zu entnehmen ist, hat der Verband trotz des Umstandes seiner geringen Mittel, die ihm zur Verfügung standen, seinen angegliederten Genossenschaften und Unterkassen gute Dienste geleistet und der bisher erzielte Erfolg gibt Zeugnis dafür, daß, wenn ihm der nötige Betriebsfond zur Verfügung gestellt sein wird, die ruhige Behauptung nicht verfehlt ist, daß dem Handwerkerstande zur Erhaltung seiner Existenz so die nötige und richtige Grundlage gegeben ist.

Zur Erreichung des notwendigen Betriebskapitales hegte der Verband die Hoffnung, daß die Errichtung der Zentralgenossenschaftskasse in Wien



ihm diese Möglichkeit bieten wird. Daß die Zentralkasse bis dato nicht errichtet ist und in absehbarer Zeit auch nicht ihrer Schaffung entgegenzusehen kann, liegt in den nationalen und politischen Verhältnissen.

Daher ist es begreiflich, daß der Verband, der seine Existenzberechtigung auf die Errichtung dieser Zentralgenossenschaftskasse setzte, noch immer nicht jene wirksame Tätigkeit entfalten könne, die er im Auge hatte.

Da die erhoffte Zentralkasse durch die politischen Verhältnisse nunmehr wieder in unbestimmte Fernen gerückt erscheint, der Verband demnach auf keine baldige Beihilfe von dieser Seite zählen kann, so glauben die Unterfertigten, an den hohen steiermärkischen Landtag, der oftmals schon seine Gewerbefreundlichkeit bezeugte, mit der Bitte herantreten zu dürfen, dem Verband die notwendige Unterstützung zur Erreichung eines Betriebskapitales zu gewähren.

Der steiermärkische Landtag hat im Jahre 1883 zur Errichtung von Raiffeisenkassen ein Darlehen von 100.000 fl. (200.000 K) zu drei Prozent zur Verfügung gestellt, weshalb die Antragsteller glauben, nicht unbescheiden zu sein, wenn sie die Bitte stellen, dem Verbande ein Darlehen von 100.000 K zu gewähren und — wenn infolge der schlechten finanziellen Lage des steiermärkischen Landes ein solcher Kredit vielleicht nicht verlangt werden kann — ihre Bitte dahin zu ergänzen, ein Entgegenkommen und Hilfsbereitschaft durch Übernahme der Garantie für einen vom Verband sich zu beschaffenden Betriebsfond in dieser Höhe zu betätigen.

Zur Begründung dieses Ansuchens soll angeführt werden, daß der Landtag in Mähren der dortigen gewerblichen Kreditorganisation vor einigen Jahren 100.000 K unverzinslichen Kredit zur Verfügung stellte. Ferner, daß der schlesische Landes-Ausschuß daran ist, im Landtag mehr als 100.000 K Garantien für Kredite der gewerblichen Unternehmungen zu übernehmen.

Es erlauben sich daher die Gefertigten folgenden

#### Antrag

zu stellen:

1. Der hohe steiermärkische Landtag wolle beschließen, daß der hohe Landes-Ausschuß beauftragt wird, bei der hohen Regierung dahin zu wirken, daß die Zentralgenossenschaftskasse ehealdigst ins Leben gerufen wird.

2. Der hohe Landtag wolle beschließen, für den Zentralverband handwerksmäßiger Erwerbs- und

Wirtschaftsgenossenschaften für Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien, v. G. m. b. H. in Graz, zur Erreichung eines Kredites von 100.000 K insolange die Garantie zu übernehmen, bis die ersehnte staatliche Aktion ins Leben getreten ist.

Graz, am 12. Oktober 1909.

Krebs.	A. Einspinner.
Heinrich Bastian.	B. Capra.
Heinrich Welisch.	Dr. Hofmann.
Josef Wolfbauer.	Leopold Fessler.
Kratter.	F. Pichler.
Karl Pferschy.	Anton Otter.
Gerliß.	Ant. Werba.
Erber.	Franz Neger.
Emil Seidler.	Brandl.
Ant. Langer.	Drnig.
Größwang.	Emil Sedlaczek.

Foest."

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

#### „Antrag

der Abgeordneten Dr. R. Verstovšek und Genossen, betreffend die Errichtung einer k. k. Fachschule für Holzbearbeitung und Baugewerbe mit slowenischer Unterrichtssprache in Wöllan.

In Erwägung, daß im ganzen Süden des Reiches wenige und für manche Industriezweige gar keine Fachschulen bestehen;

in fernerer Erwägung, daß für die ausgiebigere Ausnützung des Holzreichtums im Unterlande eine Fachschule für Holzbearbeitung von größter Bedeutung wäre;

in fernerer Erwägung, daß im ganzen Süden auf dem flachen Lande ein für die Landbevölkerung empfindlicher Mangel an Gewerbetreibenden für Holzbearbeitung und Baugewerbe besteht, stellen die Unterfertigten den

#### Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, an das hohe k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten das Ersuchen zu stellen, in Wöllan eine k. k. Fachschule für Holzbearbeitung und Baugewerbe mit slowenischer Unterrichtssprache auf Staatskosten zu errichten.“

Graz, am 15. Oktober 1909.

Dr. Karl Verstovšek.	
Kobič.	Terjav.
Dr. Fr. Jankovič.	Pišek.
Dr. Korosec.	A. Meško.
Brečko.	Novak.
J. Džmec.	Dr. Benkovič."



Schriftführer **Kiegler** (liest):

„Antrag  
der Abgeordneten **Kiegler** und **Genossen** auf  
Gewährung eines Beitrages zur Wegverbesserung  
an die Gemeinden **Krakaudorf**, **Krakauschatten** und  
**Krakauhintermühlen** im Gerichtsbezirke **Murau**.

In einem der allerschwierigsten und abgelegensten,  
im übrigen aber romantischen Gebiete der Steier-  
mark, in der sogenannten **Krakau** im Gerichts-  
bezirke **Murau**, herrschen hinsichtlich Kommuni-  
kationen solch triste Zustände, die es dringend er-  
heischen, öffentlich einzuschreiten.

Es kommen hiebei die Ortsgemeinden **Krakau-  
dorf**, für die wir hier im hohen Hause 171,  
**Krakauschatten**, für die wir 152 Prozent Gemeinde-  
umlagen zu bewilligen haben, und **Krakauhinter-  
mühlen**, welches ebenfalls mit einer hohen Um-  
lagenziffer bedacht ist, in Betracht.

Aus dem zunächst Angeführten geht hervor, daß  
die Gemeinden aus eigenem für entsprechende Ver-  
besserung ihrer Wegverhältnisse nicht einmal an-  
nähernd aufkommen können; und doch haben auch  
die dortigen Steuerzahler jahrelang schon ihren  
Tribut an Landesumlagen entrichtet, haben dem-  
nach auch Anspruch, daß sie dem allgemeinen Ver-  
kehr zugänglicher gemacht, hiemit durch Förderung  
des Fremdenverkehrs in ihren Existenzverhältnissen  
verbessert werden und können. Dies ist möglich,  
wenn die bestehenden Wege halbwegs ein- und  
hergerichtet werden. Ein kerndeutsches, urgemüt-  
liches und urwüchsiges Böklein wird hiebei unter-  
stützt, eine besonders im Sommer herrliche Gegend  
erschlossen und dem Sport im Winter in fürsorg-  
licher Weise Vorschub geleistet.

Deshalb stellen die Gefertigten den

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Den Gemeinden **Krakauschatten** und **Krakau-  
hintermühlen** wird ein Beitrag per 2000 K und  
der Ortsgemeinde **Krakaudorf** ein Beitrag von  
1000 K zur Herstellung ihrer durch anhaltende  
Regengüsse ruinierten Gemeindefstraßen bewilligt.“

Graz, am 14. Oktober 1909.

**A. Kiegler.**

**J. Hagenhofer.** **Dr. Franz Buchas.**

**Joh. Arenn.** **Hans Güllés.**

**Jos. Horsch.** **Joh. Tomaschik.**

**Huber.** **Franz Wagner.**

**Schwab.** **Prisching.**

**Kanzler.** **Schweiger.“**

**Landeshauptmann:** Diese Anträge werden in  
Druck gelegt und sodann der weiteren geschäftsordnungs-  
mäßigen Behandlung unterzogen werden.

Wir gelangen nun zu den Interpellationen.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Anfrage

der Abgeordneten **Wastian**, **Stallner**, **Dr. v. Hof-  
mann** und **Genossen** an den Statthalter wegen des  
Überfalles auf die deutsche Schule in **Grastnigg** durch  
slowenische Fanatiker.

Vor wenigen Tagen ist mitten in der Nacht die  
deutsche Schule zu **Grastnigg** in Untersteiermark durch  
die beispiellose Rohheit von Angehörigen des slowenischen  
Volkes mit faustgroßen Steinen beworfen worden und  
es fiel diesem Bombardement eine Anzahl von Fenstern  
zum Opfer. Daß dieser gehässige Anschlag planmäßig  
vorbereitet war, geht schon daraus hervor, daß die in  
den Lehrzimmern vorgefundenen Steine derart beschaffen  
sind, wie sie in der Nähe des **Tartores** gar nicht vor-  
kommen. Die Steinwürfe geschahen aus unmittelbarer  
Nähe und mit solcher Wucht, daß selbst die Türstöcke  
beschädigt worden sind.

Wir richten an den Herrn Statthalter die dringende

Anfrage:

„ob er gewillt ist, endlich einmal mit aller Schärfe die  
strengste Untersuchung gegen derartige Rohheiten einzu-  
leiten, um die Täter einer angepaßten Abstrafung zu-  
zuführen, damit die Deutschen Untersteiermarks in den  
leider meist entbehrten Genuß des ihnen gebührenden  
gesetzlichen Schutzes gelangen können.“

Graz, am 15. Oktober 1909.

**Heinrich Wastian.**

**M. Stallner.** **Dr. v. Hofmann.**

**Drnig.** **Emil Sedlaczek.**

**Karl Pferschy.** **Ant. Werba.**

**Josef Wolfbauer.** **Größwang.**

**Karl Langer.** **A. Einspinner.**

**Erber.** **Anton Otter.**

**Heinrich Welisch.** **Franz.**

**Leopold Fehler.** **F. Bichler.**

**Fehrer.** **H. Bührlen.**

**Kratter.** **Foest.**

**Josef Mossdorfer.** **Kaan.**

**Emil Seidler.** **V. Capra.**

**A. Krebs.** **Franz Neger.“**

Schriftführer **Kiegler** (liest):

„Anfrage

der Abgeordneten **Wastian**, **Reitter**, **Stallner**,  
**Erber**, **Drnig**, **Neger**, **Langer** und **Genossen** an



den Herrn Statthalter in Betreff der Vorbereitungs-  
klasse an der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Marburg  
a. d. Drau.

Die k. k. Lehrerbildungsanstalt in Marburg besteht  
aus einer Vorbereitungs- und vier Jahrgängen.  
Der Zudrang in die Anstalt ist alljährlich ein sehr  
großer, die Aufnahme naturgemäß eine beschränkte.  
Aufnahme in die Vorbereitungs- und Jahrgänge finden  
zumeist Schüler aus den niedriger organisierten slowenischen  
Landeschulen. Absolventen der ausgestalteteren deutschen  
Schulen oder der Bürgerschulen gelingt es nicht leicht,  
in dieser Klasse unterzukommen. Der Herr Direktor der  
k. k. Lehrerbildungsanstalt beobachtet bei der Aufnahme  
einen eigentümlichen Vorgang. In Form von Vor-  
merkungen wird zur Zeit des Schuljahrschlusses, dann  
während der Ferien, hauptsächlich durch die Vermittlung  
slowenischer Geistlicher und slowenischer Lehrer, in höchst  
einseitiger Weise slowenischen Zöglingen die Aufnahme  
in die Vorbereitungs- und Jahrgänge zugesichert und auf diese Art  
zumeist schon die zulässige Zahl der Schüler gedeckt.

Bei der eigentlichen Aufnahme dann, vor Beginn  
des Schuljahres, erhalten die Parteien oder doch deren  
größter Teil vom Herrn Direktor die Erklärung, die  
Klasse sei voll besetzt und es könne daher eine weitere  
Aufnahme nicht mehr bewilligt werden. Wollen sich  
deutsche Parteien die Aufnahme durch rechtzeitige Vor-  
merkung sichern, so werden sie vom Herrn Direktor  
kurz abgewiesen. Durch diese Gepflogenheit erreicht dieser,  
daß die Anstalt dem geistig weit besser vorgebildeten  
Schülermaterial, wie es die Bürgerschulen oder die  
höher organisierten deutschen Schulen liefern, größtenteils  
verschlossen bleibt und sich die Schulräume immer  
wieder fast nur mit slowenischen, geistig minder reifen  
Zöglingen füllen.

Eine Vorbereitungs- und Jahrgänge sind nur dort notwendig  
und sozusagen ein notwendiges Übel, wo der Nachwuchs  
schwer zu beschaffen ist. Diese Einrichtung hat den  
Zweck, durch vorbereitende Ausbildung die geistige Reife  
der Zöglinge zu heben und so die Besuchszahl der An-  
stalt zu sichern. Wo der Zudrang ein starker und das  
Schülermaterial gut vorgebildet ist, erscheint die Vor-  
bereitungs- und Jahrgänge zwecklos, ja sie übt sogar einen un-  
mittelbar schädigenden Einfluß aus. An der k. k. Lehr-  
bildungsanstalt in Graz gibt es eine Vorbereitungs- und  
Jahrgänge nicht; da machen die Aufnahmewerber die vorgeschriebene  
Aufnahmsprüfung für den ersten Jahrgang. Diese ge-  
stattet eine Auslese aus den Angemeldeten und ermög-  
licht es, daß der Nachwuchs der Lehrerschaft aus den  
geistig regsamsten Jünglingen herangebildet werden kann.  
In Marburg wären die Vorbedingungen in keiner  
anderen Weise gegeben; auch dort ist die Vorbereitungs-

klasse überflüssig. Abgesehen davon, daß sie dem  
Herrn Direktor nur die willkommene Gelegenheit  
bietet, windisch-nationale (Abg. Dr. Ber-  
stovšek: „Das sind Denunziationen!“ Abg. Dr. Ro-  
rošec: „Bitte, Herr Landeshauptmann, solche Aus-  
drücke lassen Sie verlesen!“) Bestrebungen zu fördern,  
übt sie auf das Bildungsmaß der Lehrerschaft selbst  
und im weiteren auch auf das Volksschulwesen des  
Unterlandes einen schädigenden Einfluß aus; denn die  
durch die gekennzeichnete Praktik des Herrn Direktors  
in die Vorbereitungs- und Jahrgänge gelangenden Schüler,  
von denen die meisten aus den nieder organisierten Land-  
eschulen stammen und daher vielfach geistig unregsam  
sind, beherrschen die deutsche Sprache gar nicht oder nur  
in höchst unvollkommener Weise; dennoch werden sie,  
auch wenn sie schwach veranlagt sind, weitergeschoben  
und schließlich für reif erklärt. (Abg. Robič: „Das  
sind Denunziationen.“) Im Falle der Auflaffung  
der Vorbereitungs- und Jahrgänge würden die gut besuchten Bürger-  
schulen des Unterlandes ein sehr gut vorgebildetes  
Schülermaterial in überreicher Menge stellen, das dann  
noch durch die Aufnahmsprüfung einer entsprechenden  
Sichtung unterzogen werden könnte.

In richtiger Einschätzung dieser angeführten un-  
bestreitbaren Tatsachen stellen die Unterfertigten an den  
Herrn Statthalter die

#### Anfrage:

1. Ob er geneigt ist, seinen Einfluß für die Auf-  
hebung der Vorbereitungs- und Jahrgänge an der k. k. Lehr-  
bildungsanstalt in Marburg geltend zu machen und
2. ob er gewillt ist, den einseitigen slowenisch-  
nationalen Bestrebungen des Herrn Direktors an der  
k. k. Lehrerbildungsanstalt in Marburg endlich einen  
tüchtigen Riegel vorzuschieben.

Graz, am 15. Oktober 1909.

Heinrich Bastian.	Mr. Stallner.
Kaan.	Reitter.
Erber.	Drnig.
Karl Langer.	Franz Meger.
Karl Pferschy.	Leopold Feßler.
Krebs.	Heinr. Welisch.
Josef Wolfbauer.	Größwang.
Gerliß.	R. Riemelmoser.
Feyrer.	A. Einspinner.
Dr. Hofmann.	B. Franz.
Emil Seidler.	Anton Otter.
J. Pichler.	H. Bührlen.
Kratter.	Foest.
Ant. Werba.	Brandl.
B. Capra.	Josef Mosdorfer.
Emil Sedlaczek.	



Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Anfrage

der Abgeordneten **Resel**, **Horvatek** und Genossen an **Se. Exzellenz** den Herrn Statthalter, betreffend die Wählerlisten für die Gemeinderatswahl in Marburg.

Unter Mißbrauch des Interpellationsrechtes haben die Abgeordneten **Wastian**, **Neger** und Genossen am 12. Oktober d. J. eine Interpellation als Polemik gegen die Interpellation der Gefertigten vom 6. Oktober eingebracht, welche einerseits wegen der vorgebrachten Unrichtigkeiten die Öffentlichkeit irrezuführen geeignet ist, andererseits aber **Se. Exzellenz** den Herrn Statthalter beeinflussen sollte, die von den Gefertigten festgestellten Mängel der Marburger Gemeinderatswählerliste nicht weiter zu prüfen.

Die Gefertigten sehen sich daher bemüßigt, die Behauptungen der interpellierenden Herren **Wastian**, **Neger** und Genossen wie folgt richtigzustellen:

1. Enthält die Gemeindevahlordnung von Marburg (Gesetz vom 23. Dezember 1871, L.=G.= und B.=Bl. 1872, Nr. 2) keine Bestimmung, nach welcher das sogenannte bevorzugte Wahlrecht der Intelligenzwähler von deren Heimatsrecht in Marburg abhängt;

2. sind die rund einhundert Personen, welche widerrechtlich in den dritten Wahlkörper versetzt wurden, infolge ihrer dauernden Anstellung als Beamte, Lehrer u. nach dem Gesetze ohnedies in Marburg heimatsberechtigt, gehören also sogar nach Auffassung der Interpellanten in den zweiten, beziehungsweise in den ersten Wahlkörper;

3. ist dadurch, daß die betreffenden Personen nicht aus dem dritten Wahlkörper hinausreklamiert wurden, noch nicht der Beweis erbracht, daß die Wählerliste des dritten Wahlkörpers gesetzlich richtig verfaßt wurde.

Indem die Gefertigten die Aufforderung, daß sie **Se. Exzellenz** der Herr Statthalter belehre, als anmaßende Beleidigung zurückweisen, gestatten sie sich die

Anfrage:

„Ist **Se. Exzellenz** der Herr Statthalter geneigt, trotz der irrezuführen geeigneten Interpellation der Herren **Wastian**, **Neger** und Genossen den Stadtrat Marburg zu beauftragen, daß er die Wählerliste des dritten Wahlkörpers richtigstelle und für eine freie, von Gemeindeorganen unbeeinflusste, die geheime Abstimmung nicht in Frage stellende Wahl vorsorge?“

Graz, am 15. Oktober 1909.

Hans Resel.

Albert Horvatek.

Josef Fodlbauer. Dr. Michael Schacherl.

Jul. Hilari.“

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Anfrage

der Abgeordneten **Brandl** und Genossen an den hohen Landes-Ausschuß, betreffend die Saggau- und Sulmregulierung.

Bereits im Jahre 1902 haben die damaligen Abgeordneten **Freiherr v. Rokitanzky** und Genossen einen Antrag, betreffend die Regulierung der Saggau und der Sulm, eingebracht, welcher Antrag auch vom hohen Landtag angenommen wurde. Der Landes-Ausschuß wurde beauftragt, die entsprechenden Vorarbeiten einzuleiten. In der Landtagsitzung vom 6. Oktober 1903 urgirten die Antragsteller die Erledigung der schwebenden Angelegenheit in einer Anfrage an den Landes-Ausschuß, welche in der Sitzung vom 23. November 1904 dahin beantwortet wurde, daß bereits eine kommissionelle Begehung stattgefunden habe. Die Antwort des hohen Landes-Ausschusses besagte weiter, daß, wenn die Vorarbeiten geleistet sind, dann jedenfalls ein bezügliches Regulierungsgesetz den Landtag beschäftigen wird, so daß dieser Forderung der Saggau- und Sulmtaler Bauern endlich Rechnung getragen wird. In der Durchführung dieser Vorarbeiten scheint nun ein Stillstand eingetreten zu sein und doch ist eine möglichst rasche Erledigung dieser Angelegenheit dringend notwendig. Die Antwort des Landes-Ausschusses sagte selbst, daß die Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen zur Abwendung der Wassergefahr außer Frage steht. In jedem Jahre wird das genannte Gebiet von großen Überschwemmungen heimgesucht. Erst in den letzten Tagen ist infolge der Regengüsse die Saggau derart angeschwollen, daß beide Ufer überflutet sind. Es ist ein dringender Wunsch der Bauern dieses Gebietes, daß die Saggau- und Sulmregulierung raschestens durchgeführt wird.

Die Gefertigten stellen daher folgende

Anfrage:

„1. Ist der Landes-Ausschuß in der Lage, dem hohen Landtage über den derzeitigen Stand der Vorarbeiten Aufklärung zu geben?“

2. Ist der Landes-Ausschuß in der Lage, noch im Laufe der jetzigen Session dem hohen Landtage ein bezügliches Regulierungsgesetz zu unterbreiten?“

Graz, am 12. Oktober 1909.

Gerlik.

Brandl.

Leopold Fessler.

Pierer.

Größwang.

Anton Otter.

V. Capra.

Erber.

Foest.

Kratter.

Ant. Verba.

Heinrich Wastian.

Karl Pjerschy.

Ornig.

Heinr. Welisch.

Emil Sedlaczek.

Niemelmoser.

Krebs.“



Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Interpellation

der Abgeordneten Brandl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Statthalter von Steiermark, betreffend die Bedrohung der Bewohnerschaft von Johnsdorf durch Bahnarbeiter.

Wie bekannt, ist auf der neuen k. k. Staatsbahnlinie Amstetten—Pontafel der Ausbau des zweiten Geleises von St. Michael über das Murtal nach Kärnten in Ausführung, wo verschiedene Arbeiter beschäftigt sind. Unter diesen Arbeitern gibt es Individuen, die die Passanten auf der Straße sowie die an der Bahnlinie liegenden Bewohner an ihrem Eigentume und Leben bedrohen, besonders beklagen sich die Bewohner der Umgebung von Johnsdorf bei Judenburg, und es ist mir von einer maßgebenden Persönlichkeit ein Schreiben zugekommen, wo um rasche Abhilfe gebeten wird.

Darum stellen wir die

Anfrage:

1. Hat Seine Exzellenz bereits Kenntnis erhalten, daß die Bewohnerschaft von Johnsdorf von den Eisenbahnarbeitern an ihrem Eigentum und Leben bedroht wird?

2. Ist Seine Exzellenz geneigt, durch scharfe Maßregeln diesem Übelstande sofort abzuhelfen?

Graz, am 15. Oktober 1909.

Brandl.	Erber.
Anton Otter.	Kratter.
Größwang.	Dr. Hofmann.
Pierer.	Riemelmoser.“

Schriftführer **Riegler** (liest):

„Anfrage

der Abgeordneten Sedlaczek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Statthalter Grafen Clary und Aldringen betreffs der Gesäufestraße Hieslau—Abmont.

Im vorigen Winter war die sogenannte Gesäufestraße Hieslau—Abmont mehrere Monate hindurch für den Verkehr vollkommen gesperrt.

Es ist leider jährlich eine Notwendigkeit, im Frühjahr, wenn die Geschiebe im Konglomerate des Ennstalgehanges, welche vom Froste ganz oder teilweise losgetrennt worden sind, herabfallen oder herabzufallen drohen, in der Nähe des Bahnhofes Hieslau eine ausgiebige und schwierige Lehnen Sicherung vorzunehmen.

Diese Arbeit erfordert alljährlich die Sperrung der Gesäufestraße nächst Hieslau auf einige Wochen, insoweit nämlich der Schutz des Gehanges durch starke

Stützmauern — jährlich wird leider von der k. k. Staatsbahnenverwaltung nur ein kurzes Stück verbaut — nicht durchgeführt ist.

Ist dies schon eine Kalamität, die seit mehr als dreißig Jahren von der Bevölkerung unwillig ertragen wird, so erregte es aber im vorigen Winter große Mißstimmung und brachte der Bevölkerung Schaden, daß durch mehrere Monate die Straße gesperrt blieb, weil keine Anstalt getroffen wurde, die durch Lawinen an mehreren Stellen verschüttete Gesäufestraße wieder fahrbar zu machen.

Es stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Statthalter die

Anfrage:

1. Sind Seiner Exzellenz die angeführten Umstände bekannt?

2. Ist Seine Exzellenz gewillt, bei der hohen k. k. Regierung die Vollendung der Schutzmauerarbeiten am Bahnhofs Hieslau zu betreiben und

3. Vorsorge zu treffen, daß in Zukunft auf der Gesäufestraße Hieslau—Abmont nach Lawinenstürzen solche die Bevölkerung schädigende Zustände nicht mehr eintreten können?

Graz, am 15. Oktober 1909.

Emil Sedlaczek.	Erber.
Emil Seidler.	Pferschy.
Brandl.	B. Capra.
Ant. Werba.	Größwang.
Heinr. Welisch.	B. Franz.
H. Bührlen.	A. Einspinner.
Krebs.	Josef Mosdorfer.
Pierer.	Heinrich Bastian.
Emil Kunz.	Foest.
Franz Neger.	Gerlig.
A. Langer.	Riemelmoser.“

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Anfrage

der Abgeordneten Pferschy, Einspinner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Statthalter, betreffend die Schaffung einer Kurordnung für den Kurort Gleichenberg.

Gleichenberg, einst der erste Kurort Steiermarks und einer der hervorragendsten der Gesamtmonarchie, dessen jährliche Frequenz nach vielen Tausenden zählte, hat in den letzten Jahrzehnten nicht jene Entwicklung genommen, welche ihm vermöge seiner hervorragenden natürlichen Heilmittel gebühren würde. Dieser Stillstand, um nicht zu sagen Rückgang Gleichenbergs, wird in drastischer Weise durch einen Vergleich mit dem Bade



Reichenhall in Bayern illustriert. Während Reichenhall im Jahre 1878 an Besucherzahl noch weit hinter Gleichenberg zurückstand, wies das bayrische Bad im Jahre 1908 ohne Passanten 13.766 Kurgäste auf, während Gleichenberg einschließlich der Passanten in dem bezeichneten Jahre nur von 4982 Personen besucht wurde.

Eine Hauptschuld an diesen ungünstigen Verhältnissen trägt der Umstand, daß eine den gesamten Interessen des Kurortes gleichmäßig Rechnung tragende Leitung der Kurangelegenheiten nicht besteht. Allerdings wird der jeweilige Direktor des Gleichenberger Aktienvereines gewohnheitsmäßig zum Kurinspektor ernannt. Es sind aber die Interessen des Aktienvereines nicht durchaus gleichartige mit jenen der Kurgemeinde als solche. In einem einzigen Beispiele möge dies gezeigt werden:

Der Aktienverein legt aus vollkommen begreiflichen Erwerbsrückichten besonderen Schwerpunkt auf den Wasserversand, da dieser Geschäftszweig für ihn gleichmäßige und lukrative Einnahmen bietet. An dem Wasserversand ist nun die Kurgemeinde nicht nur nicht interessiert, sondern wird sie bis zu einem gewissen Grade dadurch benachteiligt, weil die Möglichkeit, Gleichenbergs Kurmittel in der Fremde zu gebrauchen, auf die Frequenz des Kurortes schädlich einwirkt. Ähnliche Interessentkollisionen zwischen Aktienverein und Kurgemeinde ließen sich noch mehrfache anführen.

Es ist begreiflich, daß hieraus Reibungen und Mißstimmungen zwischen dem Aktienvereine einerseits und der Kurgemeinde, beziehungsweise deren Mitgliedern andererseits entstehen, deren Konsequenzen für die Gesamtinteressen des Kurortes nachteilige sind. Diese ungünstigen Verhältnisse können nur dann eine durchgreifende Besserung erfahren, wenn durch eine Kurordnung eine klare, rechtliche Grundlage für den Wirkungskreis aller an dem Gedeihen Gleichenbergs interessierten Faktoren geschaffen wird. Das Bedürfnis nach einer derartigen Regelung erscheint durch das Landesgesetz vom 5. Mai 1898, L.-G.-Bl. Nr. 16, grundsätzlich anerkannt und wurden auf Grund dieses Gesetzes Kurordnungen für Orte erlassen, welche, wie zum Beispiel Frohnleiten, sich an Bedeutung nicht entfernt mit Gleichenberg messen können.

Ungeachtet der Wünsche der Kurgemeinde Gleichenberg hat sich jedoch bis jetzt die k. k. steiermärkische Statthalterei nicht bewogen gefunden, im Sinne des obbezeichneten Landesgesetzes im Einvernehmen mit dem steiermärkischen Landes-Ausschusse eine Kurordnung für Gleichenberg zu erlassen.

Die Wichtigkeit, welche die Förderung der Ent-

wicklung des Kurortes Gleichenberg für die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen des Landes hat, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung. Es genügt der Hinweis darauf, daß Gleichenberg heute noch jährlich durch den Besuch Tausender von Kurgästen eine kräftige Einnahms- und Steuerquelle des Landes bildet. Durch eine sachgemäße Förderung Gleichenbergs kann aber zweifellos die Frequenz und damit der wirtschaftliche Nutzen für die Gesamtheit vervielfacht werden:

Aus diesen Erwägungen stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Statthalter die

#### Anfrage:

Ist Seine Exzellenz gewillt, in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Mai 1898, L.-G.-Bl. Nr. 16, ehe-möglichst im Einvernehmen mit dem steiermärkischen Landes-Ausschusse eine den Gesamtinteressen des Kurortes Gleichenberg Rechnung tragende Kurordnung für die Gemeinde Kurort Gleichenberg zu erlassen?

Graz, am 12. Oktober 1909.

Karl Pfersch.	A. Einspinner.
H. Bührlen.	Erber.
A. Langer.	Emil Sedlaczek.
Heinrich Bastian.	Krebs.
B. Capra.	Josef Mosdorfer.
Kratter.	Anton Otter.
B. Franz.	Heinr. Welisch.
F. Pichler.	Leopold Fekler.
Reitter.	K. Niemooser.

Größwang."

Schriftführer **Niegler** (liest):

#### „Interpellation

der Abgeordneten Einspinner, Kathausky, Franz und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Personenbeförderung auf der Graz-Köflacher Bahn.

Das „Boitsberg-Köflacher Wochenblatt“ schreibt am 10. d. M. unter anderem folgendes:

„Die k. k. General-Inspektion hat im Interesse der Sicherheit des Dienstes Sperrung der Zentralwechsel etc. angeordnet, wozu die Graz-Köflacher Bahn den gebührenden Beitrag verweigerte.

Infolgedessen hat die Südbahn den veralteten Fahrpark und die zum Teil ausrangierten Waggons wieder retour gegeben und dafür ihre modernen Fahrbetriebsmittel dem Verkehre auf der Graz-Köflacher Strecke entzogen.

Die weitere Folge ist nun, daß die Bevölkerung der oben zitierten Strecke durch das engherzige Vorgehen der Graz-Köflacher Bahn schwer büßen muß.“



Weiters schreibt dasselbe Blatt: „Die sogenannte Tiroler Garnitur (ausrangierte Waggons etc.), die bekanntlich in Oberdorf den Winterschlaf überstanden hatte und laut Auftrag der k. k. General-Inspektion nicht mehr zur Benützung zugelassen wurden, ist den Sommer über wieder in den Dienst gestellt worden. Also die k. k. General-Inspektion findet die Wagen zu schlecht für den Dienst, darum kümmert sich die Graz-Köflacher Bahn jedoch einen Pfifferling, wenn nur die alten Kasten überhaupt zusammenhalten, ob die Sicherheit der Passagiere dadurch leidet oder nicht, ist ihr gleichgültig.“

Es wird dann noch weiter ausgeführt, daß sich beim Personentrain nicht einmal Kofettwagen befinden.

Diese Züge weisen also Mängel auf, die als direkt gesundheitschädlich zu bezeichnen sind.

Auch die Beleuchtung der Züge läßt alles zu wünschen übrig, es stehen dort heute noch die mit Brennöl gefüllten Kranzchen Lampen in Verwendung.

Da diese Verhältnisse, wie sie auf der gedachten Bahnstrecke herrschen, für weite Kreise der Bevölkerung Steiermarks von unangenehmster Bedeutung sind, so erscheint es gewiß gerechtfertigt, wenn sich der Landes-Ausschuß für die Zustände auf dieser Strecke interessiert und geeigneten Orts vorstellig wird, damit Aufträge gegeben werden, die diese geradezu gemeingefährlichen Zustände verhindern.

Die Gefertigten stellen daher die  
Anfrage:

„Ist der Landes-Ausschuß bereit, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß dieselbe strikte Aufträge erteile, damit die skandalösen Zustände bei der Personenbeförderung auf der Graz-Köflacher Bahn geordneten Verhältnissen Platz machen?“

Graz, am 15. Oktober 1909.

A. Einspinner.

Emil Nathausky.

B. Franz.

Kaan.

Kratter.

Anton Otter.

Huber.

Erber.

Heinrich Wastian.

Schweiger.

F. Pichler.

Hans Gölles.

Krebs.

Heinr. Welisch.

Rudolf v. Dehne.

Johann Tomaschik.

J. Kierner.“

**Landeshauptmann:** Ist Herr Abgeordneter Dr. Kukovec im Hause anwesend? (Nach einer Pause:) Es ist das nicht der Fall, so werde ich die Interpellation, die mir von demselben überreicht worden ist und die ich erst der Übersehung zuführe, in einem späteren Zeitpunkte der Sitzung in Behandlung nehmen.

Die Herren erinnern sich, daß während der Verlesung der Interpellation, welche die Herren Abgeordneten Wastian, Reitter, Stallner, Erber, Drnig, Neger, Langer und Genossen einbrachten, eine gewisse Unruhe im Hause entstand, und haben mir einige Herren der slowenischen Nationalität mitgeteilt, daß sie es von mir unbegreiflich finden, daß ich eine Interpellation zur Verlesung gelangen lasse, in welcher diese Herren beleidigt werden (Abg. Dr. Benkovič: „Wir werden uns nicht beleidigen lassen!“ — Ruße: „Wir werden heute provoziert!“) und es liegt diese Beleidigung in der Verwendung der Worte „windisch-nationale Bestrebungen“, weil in Gegenwart der slowenischen Nationalität in Untersteiermark das Wort „windisch“ statt des Wortes „slowenisch“ als eine Beleidigung angesehen werde. (Große Unruhe. — Abg. Wastian: „Man jagt doch nur Windisch-Feistritz, Windisch-Landsberg u. s. w.“) Wollen die Herren mir doch vielleicht gestatten, daß ich noch meinen Vortrag fortsetze. (Abg. Meško: „Vom Wastian lassen wir uns nicht beleidigen!“) Ich kann hinsichtlich dieser mir vorgebrachten Beschwerde nur bekannt geben, daß ich persönlich in der Verwendung dieses Wortes bisher eine Beleidigung nicht erblicken konnte (Ruße: „Oho! Ist gerichtlich festgestellt!“) und nicht erblickt habe, daß ich aber, wenn mir die Auffassung der Herren Abgeordneten slowenischer Nationalität bekannt gewesen wäre, die Herren Interpellanten ersucht hätte, dieses Wort gegen das Wort „slowenisch“ zu vertauschen. Mehr kann ich im Gegenstande nicht sagen.

Die zur Verlesung gebrachten Interpellationen werden an ihre Adressen geleitet werden. (Lebhafte Unruhe. — Abg. Dr. Benkovič: „Das ist heute das letzte Mal, daß wir uns beleidigen lassen. — Landeshauptmann läutet ununterbrochen mit der Glocke.)

Ich bitte die Herren, ihre Plätze einzunehmen und die Ruhe so weit zu bewahren, daß ich die Verhandlung fortführen kann.

Ich habe nunmehr an die Unterbrechung der Sitzung zu schreiben. Ich habe den Vorschlag gemacht, die Sitzung von nun an bis 4 Uhr zu unterbrechen. Es sind mir aber hinsichtlich dieser Unterbrechung Gegenanschläge gemacht worden, und zwar dahin, daß die Sitzung erst wieder um 6 Uhr aufgenommen werden soll. (Ruße: „Das ist viel zu spät!“) Ich werde daher den Antrag auf 6 Uhr als den Gegenantrag und den weitergehenden, glaube ich, zuerst zur Abstimmung stellen. Falls sich die Herren nicht für die Stunde um 6 Uhr entscheiden, werde ich die Stunde um 4 Uhr zur Abstimmung stellen. Sind die Herren mit dieser Reihenfolge einverstanden? (Zustimmung.) Die Herren, welche die Unterbrechung der Sitzung bis 6 Uhr aus-



gebeht wissen wollen, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderzahl.

Diejenigen Herren, die die Sitzung nur bis 4 Uhr unterbrechen wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung und lade die Herren ein, um 4 Uhr wieder hier zu erscheinen.

(Die Sitzung wird um 1 Uhr 20 Minuten nachmittags unterbrochen und um 4 Uhr 10 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

**Landeshauptmann:** Ich nehme die Sitzung wieder auf und konstatiere die Beschlußfähigkeit des hohen Hauses.

Nachdem der Herr Abgeordnete Dr. Rukovec im Hause erschienen ist, so kann ich an die Verlesung der von ihm eingebrachten Interpellation an den Landes-Ausschuß in Angelegenheit des Vorgehens des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark mit dem Sitze in Graz schreiten. Diese Interpellation ist in slowenischer Sprache abgefaßt und habe ich eine Übersetzung besorgen lassen.

Ich gebe Herrn Abgeordneten Dr. Rukovec das Wort zu Verlesung der von ihm eingebrachten Interpellation.

Abg. Dr. **Rukovec** (M.-G. Präßberg) [verliest die Interpellation in slowenischer Sprache].

**Landeshauptmann** (liest:)

„Interpellation

des Abgeordneten Dr. Alois Rukovec an den hohen Landes-Ausschuß in Angelegenheit des Vorgehens des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark mit dem Sitze in Graz.

Das Land Steiermark zahlt laut der Voranschläge dem Verbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark mit dem Sitze in Graz alljährlich rund 12.000 K an Beiträgen zur Erhaltung der Beamten-schaft sowie zum Zwecke der Errichtung und Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften. Die Gesuche eines gleichen Genossenschaftsverbandes in Gills um Beiträge wurden bisher immer abgewiesen. Daraus folgt, daß wenigstens der Grazer Verband mit Rücksicht auf die Beiträge des Landes für die Hebung der heimatischen Landwirtschaft tätig sein müßte. Im heurigen Jahre kaufte dieser Verband von verschiedenen großen Weinspekulanten und Großgrundbesitzern große Mengen Weines für sein Lager in Graz an. Als die Weinbaugenossen-

schaft in Polstraun den Landesverband um Übernahme ihres Weines ersuchte, erhielt sie zur Antwort, daß man in Graz für den Wein der Landwirte dieser landwirtschaftlichen Genossenschaft keine Verwendung habe. Eine Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist dies sicherlich nicht. Der hohe Landes-Ausschuß müßte strenge fordern, daß die Landesbeiträge zur Förderung der heimatischen Landwirtschaft und nicht der Spekulanten verwendet werden. Ich gestatte mir daher an den hohen Landes-Ausschuß die

Anfrage:

„Ist er geneigt, das diesbezügliche Vorgehen des vom Lande unterstützten Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark mit dem Sitze in Graz strenge zu überwachen und das Nötige zu veranlassen, daß der Verband in erster Linie den landwirtschaftlichen Genossenschaften an die Hand gehen werde und nicht den Spekulanten.“

Graz, am 12. Oktober 1909.

Dr. Alois Rukovec.

Für die Richtigkeit der Übersetzung:

Stephan Polanek,

beeideter Dolmetsch der slowenischen Sprache.“

Diese Interpellation wird an den Landes-Ausschuß geleitet werden.

Für die Fortsetzung der Tagesordnung habe ich eine neue schriftliche Aufnahme der heute nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten Geschäftstücke veranlaßt, und zwar in der Reihenfolge, in der das hohe Haus die dringliche Behandlung der einzelnen Gegenstände genehmigt hat.

Es hat sich Herr Abgeordneter **Rathausky** zu einer Abänderung der Tagesordnung zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Abg. **Rathausky** (St.-G. Voitsberg): Hoher Landtag! Unter Punkt 9 der Tagesordnung kommt eine für die gesamte Volkswirtschaft unseres Landes außerordentlich wichtige Angelegenheit zur Verhandlung, nämlich der mündliche Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten **Fodlbauer**, **Hilari** und **Genossen**, Beilage Nr. 53, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle und den Abschluß der fälligen Handelsverträge. Nun findet aber heute nachmittag eine Handelskammer-sitzung statt und sind neun Abgeordnete Mitglieder derselben. Es ist zu befürchten, daß dieselben später in die Sitzung der Handelskammer gehen müssen und daher nicht Gelegenheit haben, zu diesem wichtigen Gegenstande das Wort zu ergreifen. Ich möchte bitten, daß diese Angelegenheit früher zur Verhandlung gelange.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.



**Landeshauptmann:** Über diesen Wunsch des Herrn Abgeordneten hat das hohe Haus zu entscheiden.

Abg. **Einspinner** (H.-R. Graz): Hohes Haus! Ich glaube, es wird sich nicht empfehlen, wenn eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen wird, weil dann diejenigen Herren, welche Mitglieder der Handels- und Gewerbekammer sind, noch mehr ins Gedränge kommen würden, als wenn die Tagesordnung so erledigt wird, wie sie jetzt in Aussicht genommen ist.

Wenn dieser Punkt der Tagesordnung jetzt in Verhandlung genommen wird, so ist es begreiflich, daß sich eine sehr ausgedehnte Wechselrede entwickeln wird und daß dann jenen Abgeordneten, welche in der Handelskammer zu tun haben, die Möglichkeit genommen wird, in die Handelskammer zu gehen. Ich würde also den Herrn Abgeordneten **Nathausky** bitten, seinen Antrag zurückzuziehen.

Abg. **Nathausky** (St.-G. Voitsberg): Wenn ich mit meinem Antrage das Gegenteil bezwecke, was ich gewollt, so ziehe ich meinen Antrag zurück. Ich hatte diesen Antrag nur im Interesse meiner Kollegen, welche Mitglieder der Handels- und Gewerbekammer sind, gestellt.

Abg. **Wagner** (L.-G. Feldbach): Hohes Haus! In dieser Angelegenheit liegt auch noch ein zweiter Antrag im hohen Hause vor, welcher so ziemlich diesem Antrage gleichlautend ist. Nachdem für diesen zweiten Antrag im Ausschusse noch kein Bericht erstattet wurde und die Herren einen Vertagungsantrag wünschen, so stelle ich den direkten Antrag, daß dieser Antrag von der Tagesordnung abgesetzt werde.

Abg. **Reisel** (A. W. Graz): Ich muß mich gegen den Antrag des Herrn Abgeordneten Wagner aussprechen, und zwar deshalb, weil ich glaube, daß der Antrag, wenn er von der Tagesordnung abgesetzt wird, hinfällig wird. Ich glaube, daß Sie dafür stimmen werden, daß der Antrag in der heutigen Sitzung verhandelt wird.

**Landeshauptmann:** Der Antrag, den der Herr Abgeordnete Wagner gestellt hat, ist meiner Ansicht nach der weitergehende und ist immerhin, trotzdem, daß heute vormittag der Beschluß gefaßt worden ist, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, eine Absetzung desselben von der Tagesordnung mit Zustimmung des hohen Hauses möglich. Ich werde den Antrag des Herrn Abgeordneten Wagner zur Abstimmung bringen, der dahin geht, daß der Punkt 9 der Tagesordnung, das ist der mündliche Bericht des politischen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten **Fodlbauer**, **Hilari**

und **Genossen**, Beilage Nr. 53, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle und den Abschluß der fälligen Handelsverträge, nicht in Verhandlung gezogen werde. Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten Wagner zustimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist abgelehnt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Der Arbeitervertreter **Kanzler** steht auch auf! Pfui **Kanzler!**“) Bitte sehr, meine Herren, solche Anrufe sind nicht zulässig. — Es bleibt somit bei der Tagesordnung.

Wir schreiten nunmehr in der Tagesordnung vor.

Punkt 1 der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 186, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die zeitliche Befreiung der in der Stadtgemeinde Murau ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Umlagen des Bezirkes Murau auf die Hauszinssteuer.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Riegler**, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten **Riegler** (von der Tribüne): Hohes Haus! Im Auftrage und im Namen des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten habe ich die Ehre zu berichten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 186, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die zeitliche Befreiung der in der Stadtgemeinde Murau ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Umlagen des Bezirkes Murau auf die Hauszinssteuer.

Meine Herren! Der Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten ist gleichlautend mit dem vom Landes-Ausschusse dem Landtage vorgelegten Antrage.

Ich kann es nur begrüßen, daß einzelne Orte, Städte und Gemeinden bei Anstrengungen solcher Gesetzesbestimmungen die Bautätigkeit in den einzelnen Örtlichkeiten fördern. Ich werde Ihnen kurz den Wortlaut des Gesetzes zum Vortrag zu bringen mir erlauben.

Der beantragte Gesetzentwurf lautet (liest):

„Gesetz

vom . . . . .

wirksam für das Herzogtum Steiermark, betreffend die zeitliche Befreiung der in den Jahren 1908



bis Ende 1918 im Gebiete der Stadtgemeinde Murau ausgeführten und auszuführenden Neu-, Um-, Auf- und Zubauten von der Entrichtung der Umlagen des Bezirkes Murau auf die Hauszinssteuer.

Über Antrag des Landtages Meines Herzogtumes Steiermark finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Für alle in der Stadtgemeinde Murau in der Zeit vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1918 ausgeführten und auszuführenden Bauten tritt die Befreiung von den Umlagen des Bezirkes Murau auf die Hauszinssteuer insofern und in dem Umfange ein, als für diese Bauten nach dem Gesetze vom 6. August 1909, L.-G.- u. B.-Bl. Nr. 60, die Befreiung von der Entrichtung der Gemeindeumlagen auf die Hauszinssteuer gewährt wird.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.

§ 3.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Meine Minister des Innern und der Finanzen betraut."

Die in § 1 zum Ausdruck gebrachte Bestimmung hat die Gemeindevertretung erfüllt, und ich empfehle dem hohen Hause die Annahme des Antrages (liest):

„Der hohe Landtag wolle dem folgenden Gesetzentwurf seine Zustimmung geben.“

**Landeshauptmann:** Wenn sich niemand der Herren zum Worte meldet, so werde ich zur Abstimmung schreiten und ersuche ich diejenigen Herren, welche den vom Herrn Berichterstatter soeben verlesenen Gesetzentwurf, einschließlich Titel und Eingang, wie er in Beilage Nr. 186 in Druck vorliegt, annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 187, mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde Laufen erlassen werden.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Capra, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten **Capra** (von der Tribüne): Hohes Haus! Ich beehre mich zu berichten namens des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 187, mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde Laufen erlassen werden.

Die Marktgemeinde Laufen hat auf Grund eines ihr vom hohen Landtage gewährten unverzinslichen Darlehens und einer Subvention eine Wasserleitung hergestellt und strebt zur weiteren Bedeckung des aufgewendeten Kapitals ein Gesetz an, welches ihr gestattet, Wasserzinsgebühren festzusetzen und Bestimmungen zu treffen über den Bezug des Wassers aus dieser öffentlichen Leitung.

Es haben ursprünglich in der Fassung des betreffenden Gesetzes Schwierigkeiten bestanden, es wurden Taxen aufgenommen, auf welche der Landes-Ausschuß und die Regierung nicht eingehen konnten.

Nach einigen Verhandlungen sind diese Schwierigkeiten behoben worden und der heute vorliegende Gesetzentwurf hat die Zustimmung der hohen Behörde gefunden.

Der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten hat die Vorlage eingehend geprüft und schließt sich dem Antrage des Landes-Ausschusses an, welcher lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle nachstehendem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben.“

**Landeshauptmann:** Der Herr Berichterstatter hat die Annahme des im Anhange zu dem Berichte Nr. 187 in Druck uns vorliegenden Gesetzentwurfes vorgeschlagen. Er hat mich befragt, ob das hohe Haus wünscht, daß er den ganzen Gesetzentwurf zur Verlesung bringe. (Rufe: „Nein!“) Wenn die Herren darauf verzichten, so eröffne ich im Gegenstande die Debatte. Wenn niemand im Gegenstande das Wort nehmen will im allgemeinen, so ersuche ich den Herrn Berichterstatter, nur den § 1 zur Verlesung zu bringen.

Berichterstatter **Capra** (liest):

„§ 1.

Die Marktgemeinde Laufen wird ermächtigt, zur Verzinsung und Abstattung des Anlagekapitales sowie zur Bedeckung der Betriebs- und Erhaltungskosten für die von ihr errichtete und erhaltene öffentliche Wasserleitung besondere, für den Markt (die Katastralgemeinde) Laufen zu verrech-



nende Abgaben nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen einzubeheben.“

**Landeshauptmann:** Wer wünscht zu § 1 das Wort? Wenn keiner der Herren sich zum Worte meldet, werden wir zu § 2 übergehen.

Berichterstatter **Capra** (liest):

„§ 2.

Für jedes im Gebiete des Marktes (der Katastralgemeinde) Laufen gelegene Wohnhaus, welches nicht weiter als 200 Meter von einem Rohrstrange der märktischen Wasserleitung entfernt ist, hat der Hauseigentümer, ohne Rücksicht darauf, ob er von der Wasserleitung Gebrauch macht oder nicht, eine jährliche Abgabe (Wasserzins) an die Marktgemeinde Laufen zu entrichten.

Die Eigentümer solcher Wohnhäuser, welche zwar in der angegebenen Entfernung von einem Rohrstrange der märktischen Wasserleitung gelegen sind, zu welchen aber infolge ihrer Lage oder aus baulicheilichen Gründen eine Zuleitung aus der öffentlichen Wasserleitung entweder nicht oder nur mit unverhältnismäßigen Kosten tunlich ist, sind von der Leistung der Abgabe befreit.

Hierüber hat der Gemeinde-Ausschuß vorbehaltlich des gesetzlichen Instanzenzuges zu entscheiden.

Abg. **Einspinner** (H.-R. Graz): Ich beantrage die En bloc-Aannahme des Gesetzes.

**Landeshauptmann:** Es ist seitens des Herrn Abgeordneten **Einspinner** beantragt worden, von der weiteren Einzelberatung dieses Gesetzentwurfes Umgang zu nehmen und die Frage über die Annahme dieses Gesetzes unter einem zu stellen. Nachdem schon früher zum ganzen Gesetzentwurfe niemand sich zum Worte gemeldet hat, würde ich bereit sein, in ähnlichem Sinne, wie der Herr Abgeordnete **Einspinner** beantragt hat, vorzugehen.

Ich muß aber früher die Herren befragen, ob nicht einer von Ihnen zu einem der Paragraphen 2 bis inklusive 13 oder zu Titel und Eingang des Gesetzes das Wort zu nehmen wünscht, um diese Paragraphen aus der summarischen Behandlung auszuschließen. Es meldet sich diesbezüglich keiner der Herren zum Worte, daher glaube ich, daß die Herren auf die weitere Einzelbehandlung verzichten und in die Abstimmung über das ganze Gesetz, so wie es in der Beilage Nr. 187 vorliegt, einzugehen bereit sind. (Nach einer Pause:) Da gegen diese Geschäftsbehandlung ein Einwand nicht erhoben wird, ersuche ich jene Herren, welche den in Rede stehenden

Gesetzentwurf, wie er in der Beilage Nr. 187 vorliegt, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Der betreffende Gesetzentwurf ist angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 171, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 13 in der Burggasse zu Graz zwecks Unterbringung des steiermärkischen Gewerbeförderungs-Institutes in demselben.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **Einspinner**, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten **Einspinner** (von der Tribüne): Hohes Haus! Als im Jahre 1903 das steiermärkische Gewerbeförderungs-Institut errichtet wurde, waren zu dessen Unterbringung nur zwei Säle notwendig. Mittlerweile jedoch hat sich dieses Institut so ausgebreitet, daß daselbe heute in der Herrengasse 9 über 20 Räumlichkeiten einnimmt. Und trotz des Umstandes, daß heute 20 Räumlichkeiten vom steiermärkischen Gewerbeförderungs-Institute besetzt sind, ist es unmöglich, das Institut dormalen weiter auszugestalten, wenn nicht die Möglichkeit geschaffen wird, daß für das Institut andere Räumlichkeiten beigelegt werden. Eine Ausgestaltung des Institutes — sei es durch Angliederung von neuen Kurven, die sehr notwendig sind, sei es durch Angliederung eines chemisch-elektrischen Laboratoriums u. s. w. — muß bei den dormaligen Raumverhältnissen vollständig außer Betracht gelassen werden; diverse Arbeiten, die notwendig wären, können heute gar nicht durchgeführt werden.

Es mußte nun seitens des Kuratoriums dieser Anstalt sowie von Seite des Vollzugs-Ausschusses getrachtet werden, ob nicht irgendwo Räumlichkeiten für das Gewerbeförderungs-Institut aufzufinden wären. Auch von Seite des Landes-Ausschusses wurde in dieser Hinsicht geraume Zeit hindurch Nachschau gehalten, ohne daß es lange Zeit hindurch gelang, in Graz entsprechende Räumlichkeiten, welche nämlich auch örtlich entsprechend gelegen sind, ausfindig zu machen.

Durch das Freiwerden der Lehrerbildungs-Anstalt im Hause Nr. 13 der Burggasse ergibt sich nun zum Glück die Möglichkeit, daß für das Gewerbeförderungs-Institut die entsprechenden Räumlichkeiten geschaffen werden können.